

Hybrides Osteuropa. Identitäten, Phänomene, Strukturen

EIN PROJEKTSEMINAR DES OSTEUROPA-INSSTITUTS

2019

NADJA SIEFFERT (HRSG.)



INHALT

2 - 6

EINLEITUNG

Hybrides Osteuropa. Identitäten, Phänomene, Strukturen

Clemens Günther | Maria Polugodina

7 - 14

ERINNERUNGSKULTUR IM EHEMALIGEN SUDETENLAND

Die Rolle der Geschichte in der regionalen Identitätskonstruktion

Greta Dādāļāu | Leila Kochadze | Vaclav Sevcik | Anna Steinbachová

15 - 20

EUROPAS LETZTE URWÄLDER

Der Białowieża-Urwald als umstrittener Naturraum

Veronica Basner | Nico Butylin | Frank Hartmann | Viktoria Hasse | Jack Nassri | Alia Peix | Julia Scheel | Laura Worsch

21 - 30

ZEITGEIST OSTEUROPAS

Eine Reise von Berlin nach Moskau

Katharina Algaer | Jusif Asadov | Katharina Junker | Kristina Luft | Fedor Pilipenko | Anna Syrkina

31 - 36

MASSEN MEDIEN UND MACHT IM POSTSOWJETISCHEN RUSSLAND

Ein Tandem-Projekt an der Universität Potsdam

Maria Deisel | Daria Morozova | Eugen Rube | Vasili Schewelov

37 - 42

PROGRESS OF (POST)-CONFLICT MANAGEMENT IN GEORGIA AND UKRAINE

How governments and individuals coped with the aftermath of conflict and displacement in Georgia and Ukraine

Thomas Barrett | Ana Darabegashvili | Anna Iarynych | Adrian Pusch | Karina Matvienko

43 - 47

QUEER BALKANS

Documenting diversity on Europe's most diverse peninsula

Nada Arbesmeier | Hannah Grace Carter | Aleksandra Kusnierz | Stefan Radaković | Danyana Veleva

48 - 52

PROZESSE DER ENTSTIGMATISIERUNG

IN DER UKRAINE

Eine Podcastreihe

Friederike Augustin | Tanya Schaap | David Schuster | Timo Zilinski

53 - 59

KOHLEAUSSTIEG UND STRUKTUR- WANDEL IN DER REGION KATOWICE

Positionierungen, Bewältigungsstrategien und Visionen lokaler Akteur*innen

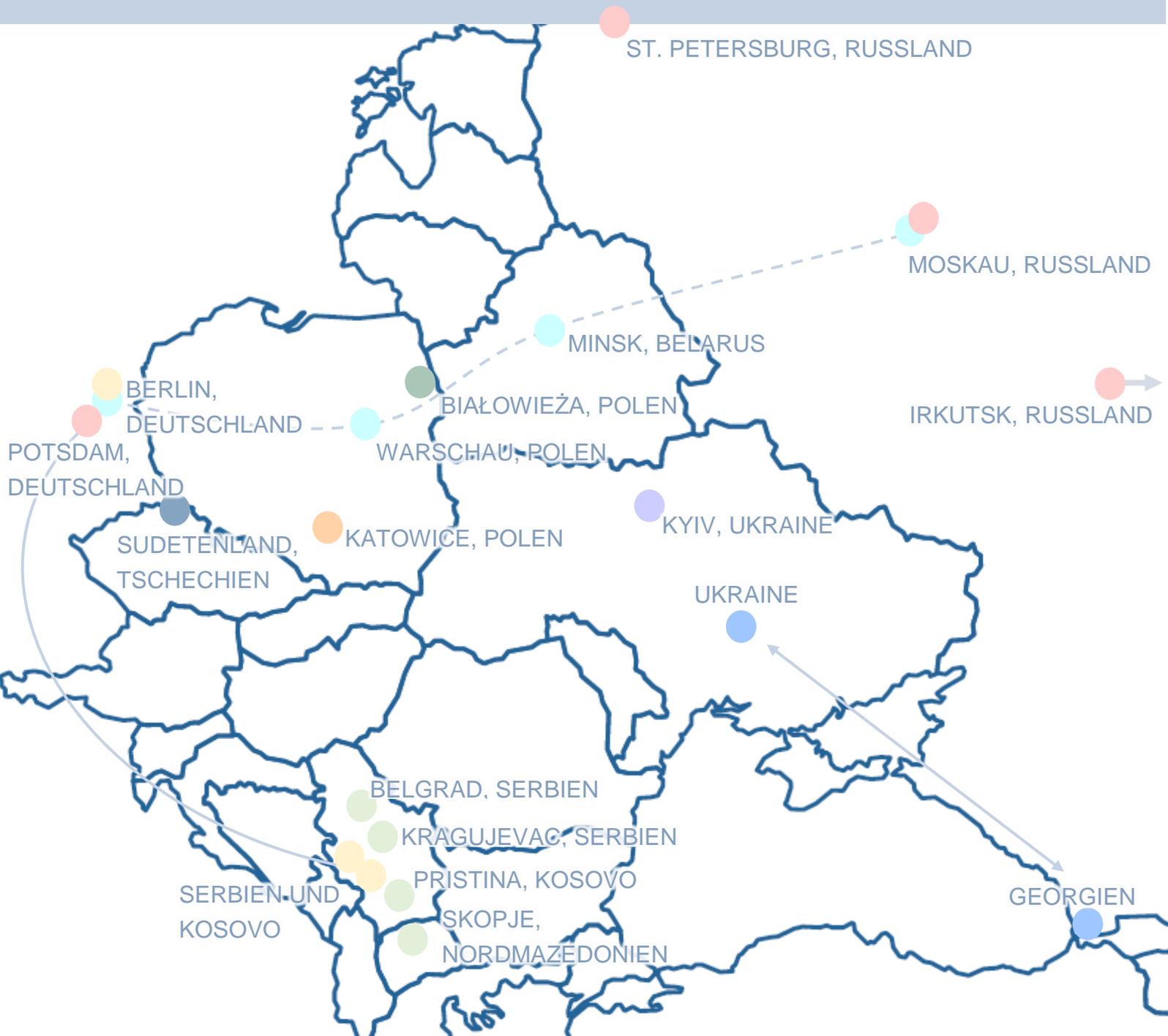
Jelena Berner | Richard Hohenstein | Philipp Sasiadek | Vanessa Stemplowsky

60 - 65

„THE GERMAN DREAM“

Das Deutschlandbild junger Migrant*innen aus Serbien und Kosovo vor und nach der Auswanderung nach Deutschland

Fjoralba Ago | Jovana Bjelanović | Simon Rapp | Alexander Silanov



EINLEITUNG

Hybrides Osteuropa. Identitäten, Phänomene, Strukturen

Hybridität ist einer der Schlüsselbegriffe im Glossar der Gegenwart und kommt in verschiedenen sozial- und kulturwissenschaftlichen Kontexten zur Anwendung. Begrifflichkeiten wie hybride Identität, hybride Kriegsführung und hybride Systeme prägen Zeitdiagnosen und finden auch im osteuropäischen Kontext ihren Niederschlag.

Das Projektseminar *Hybrides Osteuropa. Identitäten, Phänomene, Strukturen*, das im Wintersemester 2018/19 und im Sommersemester 2019 am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin stattfand, wählte den Begriff der Hybridität als Ausgangspunkt. Als Ergebnis dieses Kurses sind neun Projekte entstanden, die sich aus interdisziplinärer Perspektive mit „hybriden“ Phänomenen in mittel- und osteuropäischen Gesellschaften der Gegenwart auseinandersetzen. Ihre Vorstellung ist Gegenstand dieser Broschüre.

Theorien der Hybridität in den Kultur- und Sozialwissenschaften

Der Begriff der Hybridität stammt ursprünglich aus dem Lateinischen und bezeichnet dort Vermischungen und Kreuzungen zwischen mehreren Elementen. Begriffsgeschichtlich tritt er bereits in der Antike in Erscheinung und hat im Laufe der Jahrhunderte einige Transformationen erfahren. Drei Diskursphasen sind dabei laut Thomas Schwarz von besonderer Bedeutung:

1. Die moderne Geschichte des Hybriditätsbegriffs beginnt im ausgehenden 17. Jahrhundert in der Biologie. Dort wird die Frage diskutiert, ob sich Pflanzen und Tiere miteinander kreuzen lassen und welche Konsequenzen daraus für die jeweilige Spezies resultieren. Eine entscheidende Rolle nimmt dabei die Pflanzenbiologie und im Verlauf des 19. Jahrhunderts schließlich die Genetik Johann Gregor Mendels ein. Er bezeichnet mit dem Hybriditätsbegriff die Kreuzung verschiedener Eigenschaften von Erbsen und ersetzt den pejorativkonnotierten Begriff des „Bastards“.¹

2. Nahezu zeitgleich entwickelt sich im imperialistischen Diskurs des 19. Jahrhunderts der Begriff der Hybridität von einem fachwissenschaftlichen zu einem biopolitischen Terminus. Im Kontext der Rassenkunde impliziert Hybridität nun die Gefahr der Degeneration, die bei der Vermischung unterschiedlicher Rassen entsteht. Hybridität wird vom neutralen Begriff zu einer gesellschaftlichen Gefahr, die durch Bevölkerungspolitik und Maßnahmen der Hygiene gebannt werden müsse.²

3. Im Gegensatz zu diesen auf die strikte Trennung unterschiedlicher Bereiche bedachten Diskussionen steht die Reinterpretation des Hybriditätsbegriffs in der postkolonialen Theorie seit den 1980er Jahren. Die strikte Trennung verschiedener Kulturen,

Rassen und Menschengruppen wird hier zurückgewiesen und als diskursives Konstrukt entlarvt. In empirischer Hinsicht beschreibt Hybridität nun Praktiken des Kulturkontakts, die sich in allen Bereichen der „globalen Ökumene“ zeigen. In normativer Hinsicht beschreibt Hybridität einen idealen „dritten Raum“ der Kommunikation, in dem etablierte Machtverhältnisse in Frage gestellt werden und mit neuen Identitäten experimentiert werden kann.

Im Diskursfeld postkolonialer Theoriebildung liegen auch die Wurzeln einer neuen Theoretisierung des Hybriditätsbegriffs. Der indische Kulturtheoretiker Homi Bhabha führt aus:

„Bei Hybridität haben wir es mit einer Problematik kolonialer Repräsentation und Individuation zu tun, die die Wirkungen der kolonialistischen Verleugnung umkehrt, so daß andere „negierte“ Kenntnissysteme vom dominanten Diskurs Besitz ergreifen und die Basis seiner Autorität – seine Erkenntnisregeln – verfremden.“¹

Bhabha betont das subversive Potential des Hybriditätsbegriffs, das bisher nicht zur Kenntnis genommene Diskurse gegenüber hegemonialen Stimmen aufwertet. Hybride Räume werden zu Handlungsräumen, sie lassen sich nicht klar verorten – weder in der Kategorie der Nation noch in der Dichotomie von Wahr und Falsch. In ihnen entsteht etwas Neues, sei es in der Transformation von Sprachen durch Kulturkontakt und Migration,

sei es in Stadtvierteln, die im Zuge von Migrationsprozessen neu kartiert werden. Der Begriff der Hybridität bei Bhabha ist somit positiv konnotiert und möchte neue Sinnhorizonte in einer globalen, postkolonialen Welt erschließen.

In einem noch breiteren Sinne fasst der französische Soziologe Bruno Latour Hybridität. Latour zufolge haben sich in der Gegenwart die Grenzen zwischen verschiedenen Disziplinen und Diskursen aufgelöst. Die binären Unterscheidungen, von denen der Natur-Kultur-Gegensatz der bedeutendste ist, haben ihre welterschließende Bedeutung verloren. Er schreibt:

„Wir sind selbst Hybride, denn wir liegen quer zu den wissenschaftlichen Institutionen, in denen wir arbeiten.“¹

Latour zufolge liegt ein entscheidendes Problem der zeitgenössischen Anthropologie darin, dass wir diese „hybriden“ Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen und systematisch unterschätzen. Seine Betonung der Hybridität zielt somit schlussendlich auf eine Revision der Moderne und ihrer epistemologischen Kategorien ab.

Hybridität, so lässt sich zusammenfassen, fungiert in der gegenwärtigen Kultur- und Gesellschaftstheorie als einer der Leitbegriffe für die Beschreibung neuer Raumverständnisse und neuer Machtverhältnisse. Der Begriff steht im Gegensatz zu einem auf eindeutigen kategorialen Unterscheidungen aufbauendem Denken, das für viele zeitge-

nössische Theoretiker*innen der gegenwärtigen Gemengelage der Globalisierung nicht länger angemessen erscheint.

Im Gegensatz zum negativen Begriffsverständnis des Hybriden als Quelle der Gefahr gilt Hybridität heute vielfach in sozialer und technologischer Hinsicht als positive Utopie. Insbesondere der Begriff der „hybriden Identität“ als Resultat der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten nimmt im sozialwissenschaftlichen Diskurs eine prominente Rolle ein. Während aber hybride Identität in den Sozial- und Kulturwissenschaften unter anderem als zeitgemäße Antwort auf Prozesse der Entgrenzung gilt, sind Begriffsneuschöpfungen wie „hybride Staatlichkeit“ oder „hybride Kriegsführung“ in der Politikwissenschaft potentielle Gefahrenquellen, die die Sicherheit und Verlässlichkeit bestehender Strukturen in Frage stellen.

Hybridität in Osteuropa

Die Region Osteuropa eignet sich für eine Beschäftigung mit Hybridität in besonderer Hinsicht. Dies gilt zunächst in historischer Hinsicht, finden sich dort doch viele Regionen, die sich durch einen intensiven interkulturellen Kontakt auszeichnen.

Am häufigsten genannt werden hier Gebiete wie das ehemalige habsburgische Galizien oder der südosteuropäische Raum, insbesondere Bosnien. Sie sind nicht nur durch eine enorme ethnische, sprachliche, religiöse und kulturelle Vielfalt geprägt, sondern

haben als Resultat des Kulturkontakts jeweils eigene Selbstverständnisse ausgeprägt sowie hybride Kulturformen entwickelt. Zu diesen Regionen gehört auch das ehemalige Sudetenland, mit dessen reichhaltiger, aber auch konfliktbeladener Geschichte sich die Projektgruppe [Erinnerungskultur im ehemaligen Sudetenland](#) auseinandergesetzt hat. Ein weiterer Grenzraum, der sich durch Hybridisierungen auszeichnet, ist der Białowieża-Urwald im polnisch-belarussischen Grenzgebiet, dem sich die Gruppe [Europas letzte Urwälder](#) gewidmet hat.

Inwiefern das Konzept Osteuropa in osteuropäischen Gegenwartsgesellschaften im Spannungsfeld von Selbst- und Fremdbeschreibung verstanden wird, hat die Gruppe [Zeitgeist Osteuropas](#) untersucht.

In der Politikwissenschaft hat der Begriff der Hybridität für die Beschreibung von mittel- und osteuropäischen Regimen zwischen Demokratie und Autokratie Verbreitung gefunden. „Hybride Systeme“ sind Ordnungssysteme, die sich sowohl autokratischer als auch demokratischer Herrschaftstechniken bedienen. Das zentrale Beispiel für dieses in den vergangenen Jahren wichtiger werdende theoretische Modell ist das Russland Vladimir Putins. Mit den spezifischen Strukturen im Medienbereich, die sich hier herausgebildet haben, beschäftigt sich die Gruppe [Massenmedien und Macht im post-sowjetischen Russland](#).

Ein weiterer häufig mit Osteuropa in Verbindung gebrachter Topos ist der des ‚hybriden Kriegs‘. Damit werden militärische Konflikte

bezeichnet, die nicht länger offen zwischen Staaten ausgetragen werden, sondern mit neuen Mitteln asymmetrischer Konfliktführung operieren. Paradebeispiele hierfür sind die russischen Interventionen in Georgien und der Ukraine. Die Gruppe [Progress of \(Post\)-Conflict Management in Georgia and Ukraine](#) hat sich mit der Situation der Binnenflüchtlinge, die vor diesen Kriegen geflohen sind bzw. vertrieben wurden, in beiden Ländern vergleichend auseinandergesetzt.

Dass die Auflösung eindeutiger Kategorien auch als Problem empfunden wird, zeigt sich in Osteuropa deutlich am Umgang mit sexuellen Minderheiten, die vielerorts diskriminiert werden, weil sie nicht der etablierten Heteronormativität entsprechen. Mit der Rolle der LGBTI-Minderheit auf dem Balkan hat sich die Gruppe [Queer Balkans](#) beschäftigt. Die Rolle von stigmatisierten Minderheiten in der Ukraine hat die Gruppe [Prozesse der Entstigmatisierung in der Ukraine](#) in den Fokus genommen.

Als Erbe der kommunistischen Planwirtschaft existieren im wirtschaftlichen Bereich schließlich viele gemischte Wirtschaften, die markt- und planwirtschaftliche Instrumente kombinieren. Viele Regionen leiden dabei weiterhin unter den Folgen von Systemtransformation und Systemzerfall. Die lokale Dimension der Transformation in der polnischen Bergbauregion Kattowitz, die als Austragungsort der UN-Klimakonferenz 2018 weltweite Aufmerksamkeit erhalten hat, hat die Gruppe [Kohleausstieg und Strukturwandel in der Region Katowice](#) erforscht. Der Migration aus Serbien und dem Kosovo in

die Bundesrepublik Deutschland widmet sich die Gruppe [„The German Dream“](#).

Das Format Projektseminar

Das Projektseminar ist integraler Bestandteil des Masterstudiengangs Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin. Es ist auf zwei Semester angelegt, in denen nach einer kurzen thematischen Einführung die selbstständige Gruppenarbeit der Studierenden im Zentrum steht.

Die Gruppen sind nicht nach Disziplinen strukturiert, sondern werden nach thematischen Gesichtspunkten und in interdisziplinärer Absicht gebildet. Akademische Theorien und Methoden bilden die Grundlage der Projekte, die jedoch auch auf eine nichtakademische Öffentlichkeit abzielen. Die Gruppen wählen für die Darstellung ihrer Ergebnisse eigenständig geeignete Endprodukte aus, die auf unterschiedliche Weisen wie z.B. in Form einer Ausstellung, eines Videos oder Podcasts, einer Website und weiterer Formate ein Publikum im In- und Ausland ansprechen sollen.

Finanziell wurden die Gruppen in ihren Vorhaben vom Osteuropa-Institut unterstützt, haben allerdings auch eigene Finanzierungsquellen erschlossen.

Die Ergebnisse des Jahrgangs 2018/19 finden Sie in der vorliegenden Broschüre.³ Für deren Erstellung danken wir Nadja Sieffert, der studentischen Hilfskraft des Projektseminars. Ein Dank geht außerdem an die Lei-

tung des Osteuropa-Instituts für die finanzielle Unterstützung, an die externen Geldgeber und an alle Workshopleiter*innen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Clemens Günther

Maria Polugodina

¹ Schwarz, Thomas (2015) Hybridität Ein begriffsgeschichtlicher Aufriss. Zeitschrift für interkulturelle Germanistik 6(1), 163-180.

² Schwarz, Hybridität, 169.

³ Eine Übersicht zu den Projektthemen und Projektgruppen der vergangenen Jahrgänge finden Sie auf der [Webseite des Osteuropa-Instituts](#).



Abb.1 Altes Haus in Liberec © Leila Kochadze

ERINNERUNGSKULTUR IM EHEMALIGEN SUDETENLAND Die Rolle der Geschichte in der regionalen Identitätskonstruktion

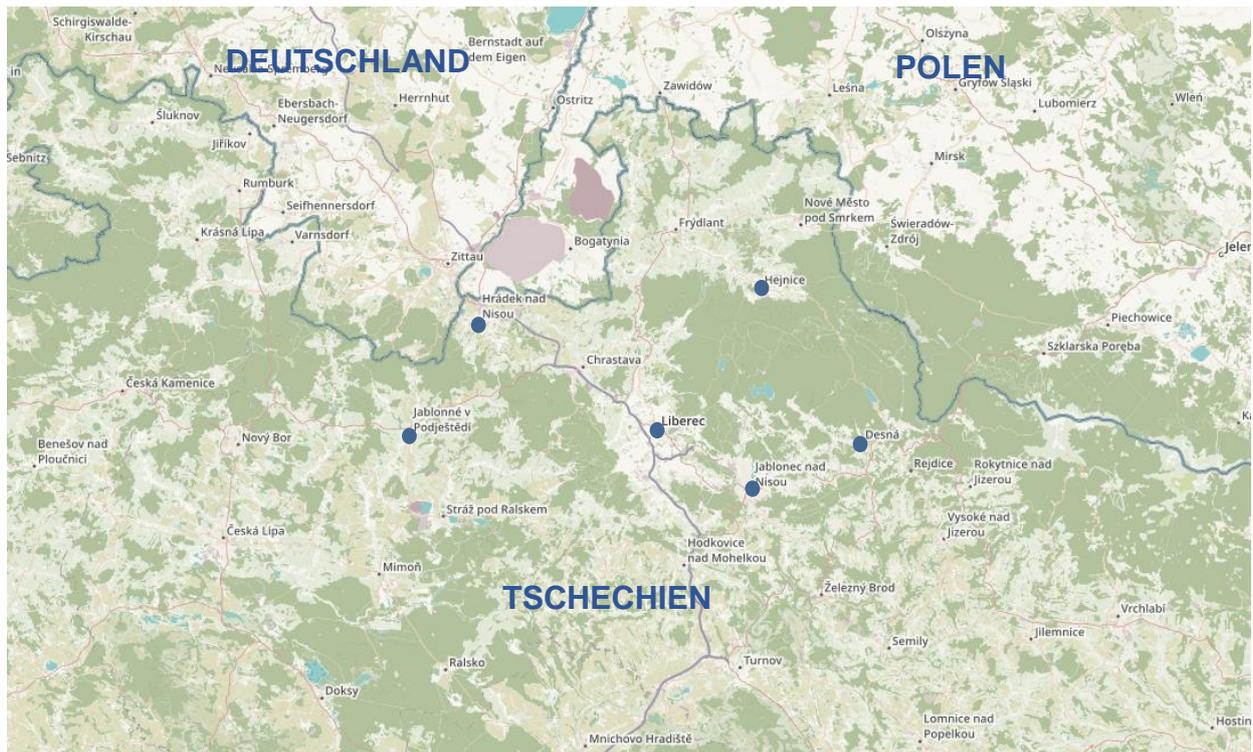
Greta Dādālāu | Leila Kochadze | Vaclav Sevcik | Anna Steinbachová

*Unser Projekt beschäftigt sich mit der regionalen Erinnerungskultur im ehemaligen Sudetenland und nimmt sich vor, die Rolle der Geschichte in der Identitätsbildung zu untersuchen. Im Fokus des Interesses befinden sich die materiellen und immateriellen Spuren der sudetendeutschen Kultur. Im Rahmen des Projektes soll anhand qualitativer Expert*inneninterviews analysiert werden, wie dieses kulturelle Erbe seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und vor allem heutzutage in Tschechien behandelt und erhalten wird.*

Ablauf des Projektes

Die Anfangsphase unseres Projektes besteht in einer tiefgründigen Recherche über

das ehemalige Sudetenland und dessen Geschichte. Seit dem 13. Jahrhundert war diese Region zweisprachig geprägt. Jedoch erst mit dem Aufkommen des Nationalismus im 19. Jahrhundert kam es zu ersten nationalistischen Ansprüchen auf beiden Seiten. Dies hat sich zum ersten Mal während des Ersten Weltkriegs zugespitzt, gefolgt von der NS-Zeit, was zuerst die Vertreibung der tschechischen Bevölkerung im Rahmen des Münchner Abkommens zu Folge hatte. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs kam es zu einer Massenvertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung im Rahmen des Beneš-Dekrets. Während der Sozialismus-Ära in der Tschechoslowakei ist dieses Thema Tabu geworden und wurde häufig politisiert. Erst nach der Wende konnten diese Gebiete von den ehemaligen Landsmännern und -frauen wieder besucht werden, um erste Kontakte auf der lokalen Mikroebene zu



knüpfen, was die Entstehung von interpersonellen Beziehungen zwischen diesen Nationen auf der Mikroebene ermöglichte.

Reise nach Nordböhmen

Auf diesem historischen Hintergrund bauen die empirischen Untersuchungen, die Interviews und die Feldforschung, die wir vor Ort – in Nordböhmen – durchgeführt haben, auf. Zu diesem Zweck sind wir nach Liberec / Reichenberg, Jablonec nad Nisou / Gablonz an der Neiße, Hrádek nad Nisou / Grottau, Hejnice / Haindorf und Desná / Dessendorf gereist und haben die dortige Architektur, Museums- und Vereinslandschaft näher erforscht. Durch diese Reise wollten wir herausfinden, was aus der sudetendeutschen Kultur noch erhalten geblieben ist und wie sie heutzutage gepflegt wird. Durch neun qualitative Interviews mit einheimischen Expert*innen (Pfarrern, Politikern, Lehrer*innen...), die wir in der Zeitspanne zwischen

Abb. 2 © OpenStreetMap; eigene Ergänzungen

dem 1. April und dem 6. April 2019 durchgeführt haben, haben wir neue Erkenntnisse über die aktuelle Lage in der Region erworben. In Jablonec sprachen wir mit Marek Řeháček, dem Sekretär der Stadtverwaltung und mit Petra Laurin, der Leiterin des Hauses der deutsch-tschechischen Verständigung. In Liberec interviewten wir Jaroslava Šiftová, die Direktorin des Privatgymnasiums Doctrina und den Bürgermeister Jaroslav Zámečník. In Hrádek befragten wir Radek Vašínek vom römisch-katholischen Pfarramt und Vit Strupl, den Direktor des Vereins „Tor zum Dreiländereck“. Weitere Gesprächspartner*innen waren Pavel Mayer, der Pfarrer der St. Laurentius Kirche in Jablonec nad Nisou, Jan Heinzl, Direktor der Wallfahrtskirche Maria Heimsuchung in Hejnice und die Sozialwissenschaftlerin Barbora Spálová aus Krompach.



Abb.3 Sanierte deutsche Aufschrift auf einer Pestsäule in Hradek nad Nisou © Leila Kochadze

Die erhobenen Daten aus den nicht-standardsierten Interviews wurden transkribiert. Dies wurde durch inhaltsanalytische Vercodung der Transkripte durchgeführt. Es wurde darauf geachtet, welche typische, markante und verdeutlichende Textfragmente häufig bei den Befragten vorkommen. Das hilft uns dabei, den wechselseitigen Prozess der Zuordnung der Daten zu theoretisch relevanten Tatsachen zu bilden, respektive werden theoretisch relevante Tatsachen aus den Daten weiter für die Forschungsergebnisse verwendet.

Die öffentliche Präsentation der Ergebnisse wird in Form einer fotografischen Wanderausstellung erfolgen, die wir sowohl in Deutschland als auch in Tschechien präsentieren. Außerdem soll die Ausstellung auch einen Audio-Teil umfassen: Mithilfe von QR-Codes wird den Besucher*innen die Möglichkeit gegeben, Ausschnitte aus den Interviews zu hören und sich somit mit den Ansichten der verschiedenen Akteur*innen vertraut zu machen. Zusätzlich dazu ist eine

zweisprachige (Deutsch und Tschechisch) Broschüre im Format A6 geplant, um unsere Projektarbeit und deren Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Anhand der Aussagen der Respondent*innen können wir folgende Punkte schlussfolgern:

Aufgrund des Alters der Zeitzeug*innen sinken das Interesse und die Häufigkeit der Besuche der ehemaligen Landsmänner und -frauen in der Region, wie uns Frau Spálová, Soziologin aus Krompach, erzählt hat: „Die Sudetendeutschen waren an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit interessiert. Aber diese Menschen kommen immer weniger nach Nordböhmen, weil solche Vereine der Landesmänner und -frauen aussterben. Und die junge Generation ist daran nicht mehr interessiert. Sie sind nur wegen der Alten als Begleitung gekommen. Sie sind froh, dass sie das loswerden können. Das ist so eine Familienbelastung...“. Die starke Verbindung der ehemaligen Sudetendeutschen zu ihren böhmischen Geburtsorten wird auch daran deutlich, dass sich einige von ihnen in lokalen Friedhöfen begraben lassen. Es besteht eine grenzüberschreitende (ökumenische, kulturelle und gesellschaftliche) Zusammenarbeit zwischen den Nachbarstaaten Deutschland, Tschechien und Polen. Öffentlichkeit, Ortsgemeinde, Regionalverwaltung und vor allem lokale Vereine haben Interesse an der Pflege der Erinnerungskultur in der Region. Friedhöfe und kleine Sakralbauten werden mehr gepflegt als größere Bauten wie Kirchen oder Basiliken. Kleine

Sakralbauten dienen als Ausflugsorte für Touristen im Isergebirge.

Wissenschaftliche Einbettung

Den theoretischen Hintergrund unserer Untersuchung bildet die vom französischen Soziologen Maurice Halbwachs entwickelte Theorie zum kollektiven Gedächtnis. Ihm zufolge stellt jede persönliche Erinnerung eine kollektive Erscheinung dar. Somit wird das Erinnern nicht als individueller Prozess verstanden, sondern als ein sozial beeinflusster Prozess.¹

Außer räumlicher und zeitlicher Dimensionen bilden auch die zwischenmenschlichen Beziehungen den sozialen Bezugsrahmen, der für die Entstehung der individuellen Erinnerungen unabdingbar ist. Erfahrungen werden in einem sozialen Kreis gemacht, deshalb geht Halbwachs davon aus, dass dieser auch für das Erinnern an diese Erfahrungen notwendig ist. Wesentlich sind hier nicht nur die materiellen Bedingungen, sondern auch geteilte Denkmuster, die eine bestimmte Art von Erinnerung prägen. Das individuelle und

das kollektive Gedächtnis sollen demnach in einem Verhältnis gegenseitiger Beeinflussung stehen, denn die Art, wie sich der / die Einzelne erinnert, seiner / ihrer verschiedenen Gruppenzugehörigkeiten entspricht, während das Gedächtnis der Gruppe überhaupt nur durch die individuellen Gedächtnisse erkennbar ist. Diese Wechselwirkung zwischen Erinnerungstyp und Gruppenzugehörigkeit wird auch anhand der Interviews mit unseren Expert*innen in Nordböhmen deutlich. In den Bereichen Religion, Politik und Bildung gibt es verschiedene Ansätze für die Pflege der Erinnerung an die sudetendeutsche Kultur, da auch die Instrumentalisierung bzw. die Funktion dieser Erinnerung in den jeweiligen Sphären variieren: vom Austausch auf ökumenischer Ebene („internationale ökumenische Zusammenarbeit“ zwischen 20 katholischen und protestantischen Gemeinden aus Hradek (Tschechien), Zittau (Deutschland) und Bogatynia (Polen) mit gemeinsamen Gottesdiensten, dem Friedensgebet am 1. September oder ökumenischen Frühstück) über Realisierung von

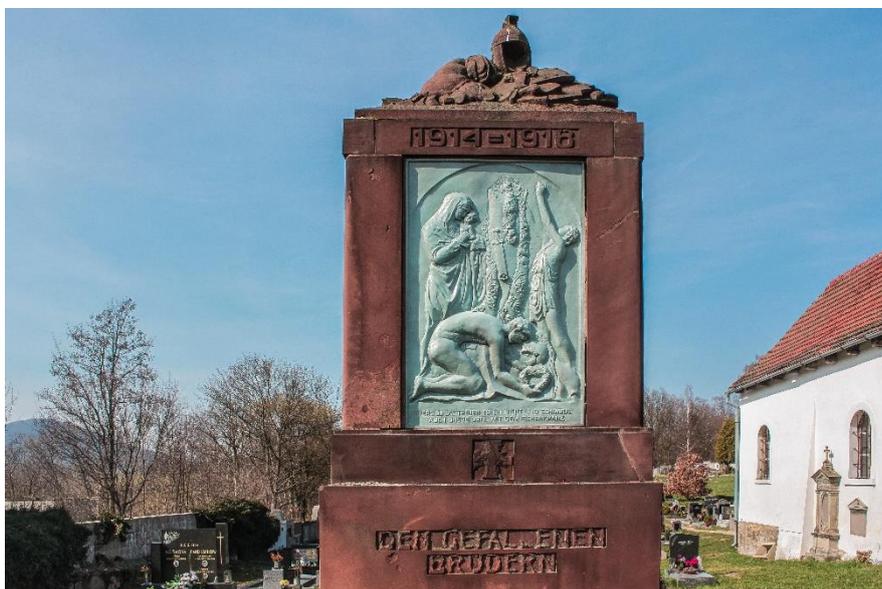


Abb. 4 Denkmal des Ersten Weltkrieges in Jablonné v Podještědí © Leila Kochadze

Projekten und grenzüberschreitenden Kooperationen (Städtepartnerschaften zwischen Jablonec und Kaufbeuren oder Liberec und Augsburg; Schulverbund SCH-KOLA) bis zur Aufklärung, Sensibilisierung für historische Themen oder Konstruktion einer lokalen Identität (z.B. im Falle des Privatschulvereins Doctrina – Sommerschule für Schüler*innen, Verfassung von geschichtlichen Arbeiten über ihre Stadt).

Im Rahmen seiner Forschung widmet sich Halbwachs auch der Rolle, welche das kollektive Gedächtnis bei der Identitätsbildung spielt. Dieser stark gruppenspezifische Vergangenheitsbezug verfolgt die Erinnerung an ganz bestimmte Ereignisse in der Geschichte, die dem eigenen Gruppenbild und -interesse am besten entsprechen. Laut Halbwachs spiegelt das Gedächtnis daher keinesfalls die historische Wirklichkeit wider, sondern eher deren selektive und häufig verzerrte Wahrnehmung.²

In Tschechien wurde das Thema der Vertreibung der deutschen Bevölkerung nach dem

Zweiten Weltkrieg tabuisiert, da es in erster Linie nicht zum Selbstbild des ethnisch definierten Staates passte. So sollte die Erinnerung mit der Zeit verblasen und allmählich verschwinden. Das kommunistische Regime trug maßgeblich dazu bei, Erinnerungen an die deutsche Kultur in der Region zu zerstören und zwar nicht nur im übertragenen Sinne: Beispielsweise wurden Denkmäler, die auch Deutschen gewidmet waren, abgerissen, wie wir über das Denkmal für die Opfer des Ersten Weltkrieges in Hejnice erfahren haben. So versuchte man, die deutsche Kultur in Nordböhmen auch aus dem kollektiven Gedächtnis zu entfernen. Die kommunistische Regierung kümmerte sich nicht um die Erhaltung der deutschen Denkmäler, noch weniger um die Sakralbauten, da sie zur Kirche kein gutes Verhältnis hatte. Nach dem Krieg wurden zahlreiche Gebäude, auf denen deutsche Aufschriften standen, abgerissen. Andere wurden aus Wut beschädigt, weil sie für viele Tschechen eine Verbindung mit den Kriegseignissen darstellten. Teil-



Abb. 5 Dreisprachig beschriftetes Kreuz in Hejnice
© Leila Kochadze

weise wurden Friedhöfe nationalen Säuberungen unterzogen: Deutsche Grabsteine wurden abgerissen, zerstört oder entfernt. Jahrzehntlang wurde in Tschechien das Bild von den revanchistischen Sudetendeutschen konstruiert, die an der Grenze warten würden, um das Gebiet zurückzuerobern. Diese Angst vor den Sudetendeutschen wurde bis in die 1990er Jahre ständig reaktualisiert.

Nach 1989 gehörte die Initiative der Erhaltung von Denkmälern, alten Häusern und Traditionen, die mit den Deutschen verbunden waren, hauptsächlich den Deutschen, denjenigen, die früher in Nordböhmen gelebt haben. So auch im Falle des Umgebendehauses aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, in dem heute das Haus der deutsch-tschechischen Verständigung in Jablonec untergebracht ist. Es ist ein wertvolles Beispiel der regionalen Architektur und eins der ältesten Einrichtungen der Stadt. Seine Rettung verdankt es Franz Rieger (1908 – 2006), der aus der Umgebung stammt, jedoch nach dem Krieg gezwungen wurde, nach Deutschland umzuziehen. Nach 1989 schaffte er es, von Privatpersonen und deutschen Institutionen Geld für die Restaurierung zu sammeln. Seit 1998 wird hier gemäß seinem Wunsch das Haus der deutsch-tschechischen Verständigung untergebracht, ein Begegnungszentrum, in dem Ausstellungen mit regionalem Bezug, Sprachkurse, kulturelle Veranstaltungen organisiert werden. Die deutsche Kultur und Sprache werden wieder Teil der regionalen

Identität, was auch an der wachsenden Teilnehmerzahl in den Kinderkursen deutlich wird.

Diese Annäherung galt auch in Bezug zur Kirche, die für die ehemaligen Deutschböhmen immer noch ein Stück Heimat darstellte. So wurde beispielsweise in den 90ern die zerstörte Kirche in Hejnice mit Geld von den Sudetendeutschen aus Friedland und der Reichenberger Region renoviert. Auch dank ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten gelang eine weitgehende Restaurierung zahlreicher Denkmäler. Doch dieses Phänomen geht über die finanzielle Dimension hinaus: Es geht hier vor allem um den Aspekt der Identität, der dieses Engagement vorantreibt. Lange Zeit hat sich nur die Gruppe der Deutschen mit diesem kulturellen Erbe identifizieren können, weshalb sie auch dessen Erhaltung am meisten förderte. Die Vertriebenenerinnerung, die die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann zu den deutschen Opfer narrativen zählt und die als Perspektivenerweiterung in der deutschen Erinnerung betrachtet werden kann, darf hier nicht übersehen werden.

Unser Forschungsprojekt zeigt aber, dass der Prozess der Erhaltung und Restauration in Nordböhmen immer mehr von einem mehrheitlich einseitigen zu einem grenzüberschreitenden wurde. Deutsch-tschechische Kooperationen entstehen und setzen sich dafür ein, dass diese Spuren der Vergangenheit nicht nur konserviert werden, sondern auch in der Gegenwart eine bedeutende Rolle in der interkulturellen Verständigung spielen (beispielsweise der Verein „Tor zum Dreiländereck“ oder der Deutsch-tschechische Zukunftsfonds). Herr Vašínek, Pfarrer aus Grottau, behauptet:

„Auf jeden Fall handelt es sich um eine Zusammenarbeit, also sowohl zwischen der Gemeindeverwaltung und der Kirche und als auch die internationale Zusammenarbeit. In allen Pfarrämtern, wo ich mich engagiere, wird eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorangetrieben und gepflegt. Beispielsweise arbeiten wir zusammen am Projekt ‚Die Erinnerung im Dreiländereck‘, im Rahmen dessen wir versuchen, die kleinen Denkmäler nach dem Vorbild unserer Vorfahren zu erneuern oder zu sanieren. [...] In Nová Ves ist die Kooperation historisch gegeben, weil da eine Zusammenarbeit mit den ehemaligen Landsmännern und -frauen besteht. Diese kommen hier nicht nur zu Besuch, sondern sie beteiligen sich auch bei der Erhaltung der Erinnerungskultur.“

Außerdem übernimmt die tschechische Seite immer mehr die Verantwortung für Restaurationsprojekte. Ein Teil derjenigen Denkmäler, die die Zerstörung überlebt haben, wurden laut dem Sekretär der Stadtverwaltung in Jablonec, Marek Řeháček, vor allem in den letzten zehn Jahren restauriert. Er bemerkt, dass sich die Tschechen heutzutage zunehmend auch für die Hintergrundgeschichten dieser Bauwerke interessieren. Vít Strupl, der Direktor des Vereins „Tor zum Dreiländereck“, behauptet, dass Friedhöfe heutzutage regelmäßig von den Ortsgemeinden saniert werden. Auch alte deutsche Gräber seien restauriert gewesen, da sie als Teil der lokalen Geschichte gepflegt werden müssten.

Diese Verknüpfung zwischen Vergangenheit und Gegenwart ermöglichen Riten, die darüber hinaus auch zur Bildung des kollektiven Gedächtnisses beitragen, wie Assmann unterstreicht. Über das kulturelle Gedächtnis bemerkt die Kulturwissenschaftlerin: „Wissen wiederum muss durch psychologische Identifikation und kognitive Auseinandersetzung angeeignet und als Teil der eigenen Identität begriffen werden, um zu einem kulturellen Gedächtnis zu werden“.³

Im Rahmen unseres Projektes bemerkten wir, dass die tschechische Gesellschaft sich seit einigen Jahren in einem Prozess der Erneuerung des kulturellen Gedächtnisses in Bezug auf das Erbe der Sudetendeutschen befindet: Eine Auseinandersetzung mit diesem Erbe hat angefangen, das Thema der Vertreibung wird allmählich enttabuisiert, die junge Generation wächst heute nicht mehr

mit den alten Stereotypen über die deutschen Nachbarn auf, die zwischenstaatlichen Kooperationen mit Deutschland sind intensiv, unter anderen sehr viel innerhalb von EU-Projekten, die tschechische Seite übernimmt öfters die Initiative. Diese Entwicklungen sind insbesondere in den größeren Städten wie Liberec oder Jablonec nad Nisou bemerkbar, teilweise sogar in den kleineren Ortschaften, die wir bereist haben. Die

Aktualität und Bedeutung dieses Themas lässt sich am besten dadurch nachweisen, dass sich die deutsche Stadt Zittau stellvertretend für die Dreiländerregion Deutschland-Polen-Tschechien als Europäische Kulturhauptstadt 2025 bewirbt.

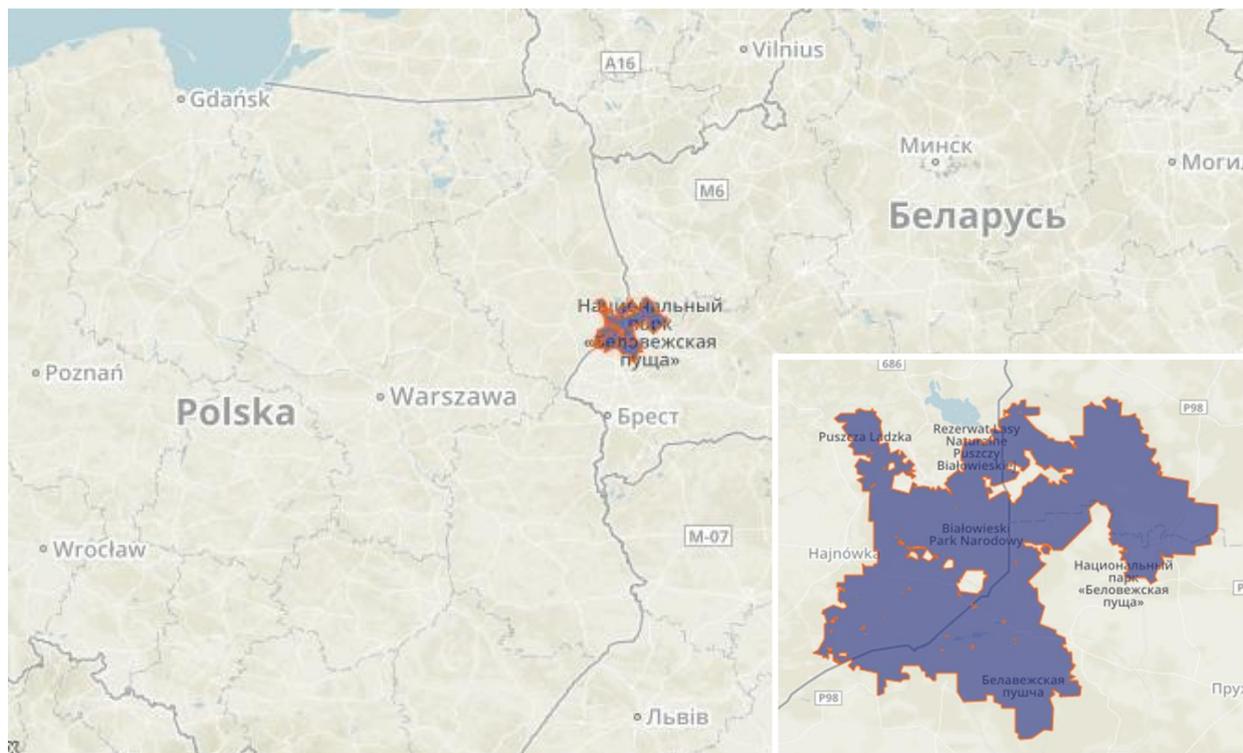
Das Projekt wurde durch das [Haus des Deutschen Ostens e.V. \(HDO\)](#) gefördert.



¹ Erell, Astrid (2011) Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung. Stuttgart, Verlag J.B. Metzler.

² Halbwachs, Maurice (1985) Das kollektive Gedächtnis. Frankfurt am Main, Fischer.

³ Assmann Aleida (2006) Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München, Beck.



EUROPAS LETZTE URWÄLDER Der Białowieża-Urwald als umstrittener Naturraum

Veronica Basner | Nico Butylin | Frank Hartmann | Viktoria Hasse | Jack Nassri | Alia Peix | Julia Scheel | Laura Worsch

*Der Białowieża-Urwald liegt an der Ostgrenze Polens sowohl auf polnischer, als auch auf weißrussischer Seite. Als einer der letzten verbliebenen Urwälder Europas ist er Symbol eines transnationalen Umweltschutzes, für den sich auch die Europäische Union und die Vereinten Nationen einsetzen. Seit Jahrhunderten ist der Wald Gegenstand von Auseinandersetzungen verschiedener Interessensgruppen und auch heute noch streiten wirtschaftliche und politische Interessenvertreter*innen an dem Urwald. Aufgrund der jüngsten Auseinandersetzungen in den Jahren 2017/2018, bei denen Polen mit der Abholzung zahlreicher Bäume im Naturschutzgebiet Białowieża gegen das Naturschutzgesetz der EU verstoßen hat, möchten wir mit Hilfe unseres Projekts mehr Aufmerksamkeit für diesen einzigartigen Naturraum und dessen akute Gefährdung schaffen. Der in der*

Abb. 1 Als UNESCO-Weltnaturerbe anerkanntes Gebiet © Mapbox © OpenStreetMap

europäischen Öffentlichkeit weiterhin kaum bekannte Białowieża-Urwald stellt aufgrund seiner Charakteristika als hybrider Raum, EU-Außengrenze, Naturreservat und identitätsstiftendes Kulturgut einen einzigartigen Forschungsgegenstand dar.

Projektziele und Relevanz des Themas

Unser Projekt möchte die diversen Bedeutungen untersuchen, die der Białowieża-Urwald für verschiedene Interessensgruppen hat und in welcher Beziehung diese zueinander



Abb. 2 Das Logo der Projektgruppe © Jack Nassri

derstehen. Das übergeordnete Ziel des Projekts ist es jedoch, Aufmerksamkeit auf einen Naturraum zu lenken, der durch die polnische Regierung nach wie vor akut gefährdet ist und der in der europäischen Öffentlichkeit weiterhin kaum bekannt ist. Die Aufarbeitung historischer und kultureller Hintergründe und Bedeutungen des Białowieża kann nachdrücklich zu dessen Schutz beitragen.

Die wissenschaftliche sowie gesellschaftliche Relevanz unseres Projektthemas ergibt sich aus dem Zusammenspiel der historischen, kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt biologischen Bedeutung des Białowieża-Nationalparks und macht ihn als Analyseobjekt so einzigartig. Der Urwald ist EU-Außengrenze, verbindet jedoch gleichzeitig die beiden Länder Polen und Weißrussland miteinander. Während er für die Menschen vor Ort identitätsstiftendes Merkmal sein kann, stehen auf der anderen

Seite wirtschaftliche und politische Interessen.

Projektablauf und Methode

Die Projektreise selbst bestand aus einer Exkursion zum Białowieża-Urwald, in deren Verlauf wir uns einerseits selbst ein Bild vom Wald und der Situation vor Ort machen wollten und andererseits verschiedene Akteur*innen rund um den Urwald und den damit verbundenen politischen Streit interviewen wollten. Unsere Projektreise Ende April führte uns über Warschau weiter zum Białowieża-Urwald. Während der fünftägigen Exkursion konnten wir, sowohl in Warschau, als auch direkt vor Ort in Białowieża, unter anderem mit Krzysztof Cibor von [Greenpeace Polen](#), Tomasz Pezold Knežević von [WWF Polen](#) und dem neuen Direktor des polnischen Nationalparks in Białowieża, Michał Krzysiak, sprechen. Besonders gefreut haben wir uns ebenfalls über die Chance mit



Abb. 3 Der Białowieża-Wald ist einer der letzten und größten verbliebenen Teile des riesigen Urwaldes, der sich einst über die europäische Ebene erstreckte. Das Welterbe des Białowieża-Waldes an der Grenze zwischen Polen und Weißrussland ist ein riesiger Primärwald mit Nadelbäumen und Laubbäumen auf einer Gesamtfläche von 141.885 Hektar. © Jack Nassri



Abb. 4 Im Wald leben 800 europäische Bisons, Europas schwerstes Landtier. © Jack Nassri

den drei Historikern Dr. Aliaksandr Dalhouski, Dr. Markus Krzoska sowie Prof. Dr. Thomas Bohn zu sprechen, die darüber hinaus die Autoren eines für uns einschlägigen und gern genutzten Buches¹ sind. Teil unseres Aufenthalts in Białowieża war zudem eine Tour durch den geschützten Teil des Waldes und der Besuch eines Wildtiergeheges, in dem die sehr seltenen europäischen Wisente zu sehen waren. Sie leben mittlerweile nur noch im Białowieża-Urwald.

Mit Bezug auf die Methode hat sich unser Projektteam frühzeitig dazu entschlossen, verschiedene Interviews, sowohl im polnischen Nationalpark und in Warschau, als auch in Minsk zu führen. Hierbei war es uns wichtig, möglichst viele verschiedene Akteur*innen und Interessensgruppen zu Wort kommen zu lassen, um ein umfangreiches Bild zu zeichnen. Politiker*innen auf polnischer, weißrussischer und europäischer Seite sollten hier ebenso Gehör finden wie Wissenschaftler*innen, Naturschützer und Menschen, die durch ihre Tätigkeit direkt vom Urwald abhängig sind. Aufgrund der Vielzahl an Interviews sowie der Menge an Daten, die wir sammeln konnten, haben wir uns für eine qualitative Inhaltsanalyse entschieden. Wir haben hierbei im Sinne unserer Forschungsfragen die wesentlichen Inhalte identifiziert, um abschließend eine zusammenfassende Inhaltsanalyse zu erstellen.



Abb. 5 Unter dem Vorwand, den Wald vor dem Borkenkäfer zu schützen, werden Teile des Waldes abgeholzt und vom Menschen neu bepflanzt. Es ist jedoch zu erkennen, dass der manuell gepflanzte Teil durch den Käferbefall vollständig geschädigt wird, während die jungfräulichen Teile des Waldes trotz Anwesenheit des Käfers einen natürlichen Kreislauf aufweisen. © Jack Nassri

Abb. 6 Die Abholzung wurde von der State Forests Holding durchgeführt, um einen Ausbruch des Borkenkäfers *Ips typographus* zu bekämpfen. Im Herbst 2017 wurde der Holzeinschlag trotz der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs fortgesetzt und erst eingestellt, nachdem Umweltschützer und Institutionen den illegalen Holzeinschlag bekämpft hatten.
© Jack Nassri



Die Ergebnisse unserer Analysen möchten wir als Kurzdokumentationen, Podcasts und auf einer Website bereitstellen.

Projektergebnisse

Unser Ziel ist es unter anderem herauszufinden, welche Bedeutung der Białowieża-Urwald für die verschiedenen Interessensgruppen hat, ob und wie belarussische und polnische Akteur*innen zusammenarbeiten und wo hierbei die Unterschiede bei der Herangehensweise und vor allem dem Interesse seitens der polnischen und belarussischen Regierung liegen. Ebenso wichtig ist die

Frage, wie sich die Lage der Aktivist*innen darstellt, die auf polnischer Seite versuchen den Białowieża-Urwald zu schützen.

Bei der Durchführung unseres Projekts war es uns möglich, eine Reihe interessanter Ergebnisse zu sichern. Bislang konnten wir bei der Auswertung der Interviews Folgendes feststellen:



Abb. 7 Mehrjährige Bäume werden nach dem Fallen Teil der Waldinfrastruktur. Es verändert die Eigenschaften des Waldes und bildet eine neue Struktur für junge Bäume und verschiedene Organismen, die auf den Überresten toter Bäume wachsen. Dies ist ein wesentlicher Bestandteil des ökologischen Kreislaufs, der für das Überleben des Waldes notwendig ist.
© Jack Nassri

Auf nationaler Ebene bestehen zwischen Polen und Belarus deutliche Unterschiede mit Blick auf die gesellschaftliche Betrachtung und Bedeutung des Waldes als Kulturgut, Naturraum, touristischer Anlaufpunkt und identitätsstiftendes Merkmal. So ist der Białowieża-Urwald in Belarus als ein „nationales Heiligtum“ und Pilgerstätte (staatlich organisierte Klassenfahrten, Betriebsfahrten) anzusehen, während der Białowieża in Polen kaum überregionales Interesse in der Gesellschaft weckt. Ebenso gibt es im Vergleich deutlich höhere staatliche Fördersätze und Zuschüsse zum Erhalt der touristischen Attraktionen in Belarus, sowie eine besser ausgebaute Infrastruktur im weißrussischen Teil des Nationalparks.

Politische Unterschiede: Demokratisches System in Polen vs. autokratisches politisches System in Belarus. Das bedeutet, dass sich in einem autokratischen System eine dem Staat bzw. den lokalen Behörden gegenüber kritisierende Zivilgesellschaft langsamer als in einem demokratischen System entwickelt. Die vorherrschende Debatte ist derzeit nur in Polen vorzufinden, da in Belarus mit staatlichen Repressionen zu rechnen wäre (dies bedeutet nicht, dass in Polen keine Repressionen gegen z.B. Umweltaktivisten vorherrschen).

Auf lokaler Ebene gibt es vereinzelt Versuche einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit (weiterhin zu wenig Kooperation und Kommunikation zwischen beiden Ländern).

In Deutschland wird diesem Thema weiterhin kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Eine

Ausnahme: wenn die EU den Umgang Polens mit dem Urwald kritisiert und der Białowieża-Nationalpark in den überregionalen Medien vorkommt.

Auch für die Zukunft ist kein größeres gesellschaftliches Interesse zu erkennen.

Wir danken ganz herzlich unseren Förder*innen, die uns über Betterplace.org in unserem Crowdfunding-Projekt unterstützt haben und danken außerdem dem Verein Ostblick e.V., ohne den die Finanzierung des gesamten Projekts nicht zu stemmen gewesen wäre.



[Auf Facebook @Bialowieza Nationalpark Projekt](#)

[Auf Instagram @bialowieza_nationalpark](#)



Abb. 8 Projektmitglieder v.r.n.l. Julia Scheel, Nico Butylin, Alia Peix, Viktoria Hasse, Frank Hartmann, Laura Worsch, Veronica Basner, Jack Nassri © Jack Nassri

Weitere Literaturtipps

Hagen, Carl Schulze; Nigge, Klaus (2004) Rückkehr des Königs. Wisente im europäischen Urwald. Tecklenborg, B.

Swendelow, Yannick (2011) Der Bialowieza-Nationalpark. FastBook Publishing.

Save Bialowieza:
<https://save-bialowieza.net/get-involved/>

Court of Justice of the European Union PRESS RELEASE No 13/18:

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-02/cp180013en.pdf>

Bialowieza Forest Guide:

<https://bialowiezaforest.eu/>

Official website of Bialowieza National Park:

<https://bpn.com.pl/>

¹ Dalhouski/Bohn/Krzoska (2017): Wisent-Wildnis und Welterbe: Geschichte des polnisch-weiß-russischen Nationalparks von Bialowieza.



Abb. 1 © Kristina Luft

ZEITGEIST OSTEUROPAS

Eine Reise von Berlin nach Moskau

Katharina Algaer | Jusif Asadov | Katharina Junker | Kristina Luft | Fedor Pilipenko | Anna Syrkina

*„Was ist Osteuropa?“ – eine Frage ohne konkrete Antwort. Aufgrund dessen, dass der Begriff in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen genutzt wird, ergibt sich ein vielschichtiges und umfangreiches Themenfeld, das Forscher*innen bis heute zu denken gibt. Es ist eine äußerst interessante und aktuelle Frage, weshalb wir unserem Projekt den vielsagenden Titel „Zeitgeist Osteuropas“ gaben.*

Um den Zeitgeist Osteuropas zu definieren und zu verstehen, ist es notwendig, sich mit dem Osteuropa-Begriff und dessen Wahrnehmung kritisch auseinanderzusetzen. Nur so kann ein authentisches Bild dieser Region und ihrer sich im Wandel befindlichen Gesellschaft gezeichnet werden. Daher liegt der Fokus unserer Projektarbeit auf der intersubjektiven Wahrnehmung und dem hybriden Charakter des osteuropäischen Raums

in Deutschland (Berlin), Polen (Warschau), Belarus (Minsk) und Russland (Moskau).

*Mithilfe eines Interview-Leitfadens sind wir den folgenden Fragestellungen nachgegangen: Welche Assoziationen ruft das Raumkonzept „Osteuropa“ bei den Interviewpartner*innen hervor? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede lassen sich im Ländervergleich finden?*

Konzept Osteuropa

„Wo liegt Osteuropa?“, „Welche historischen und geografischen Räume umfasst Osteuropa?“, „Welche gemeinsamen Kriterien weist der osteuropäische Raum auf?“ Diese Fragen werden bereits seit dem Einzug des Begriffes ab den 1860er Jahren in die Wissenschaft äußerst kontrovers diskutiert.

Verschiedene Theoretiker*innen und Historiker*innen haben im späten 18. und beginnenden 19. Jahrhundert versucht den osteuropäischen Raum näher zu definieren. Des

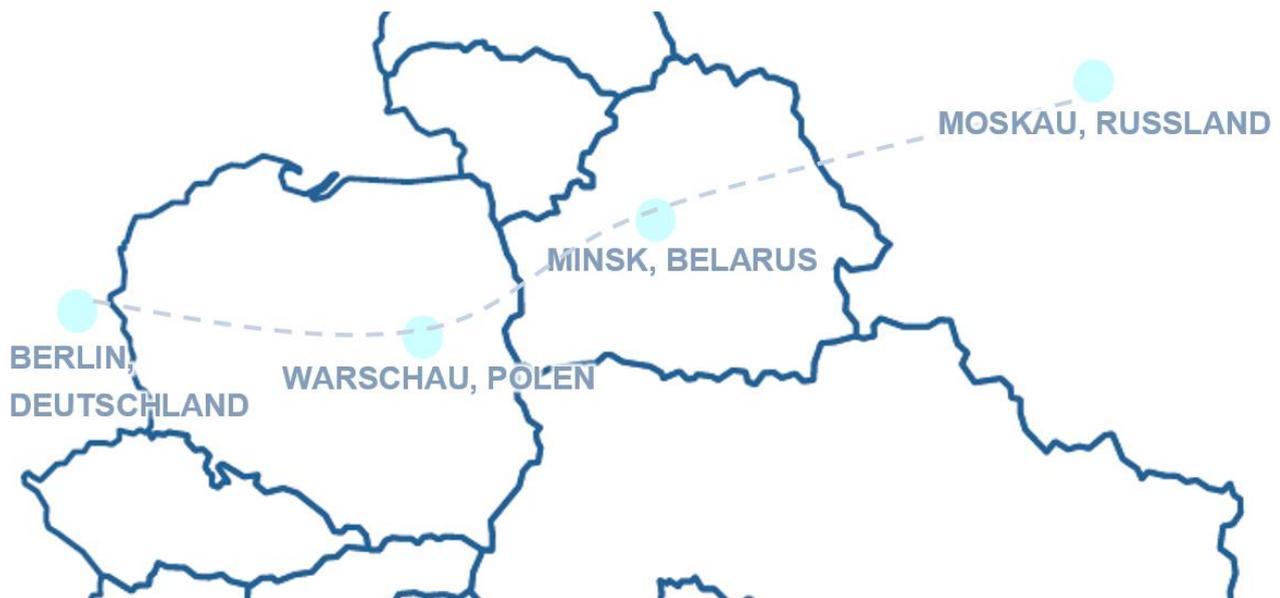


Abb. 2 Die Zugroute © N. Sieffert

Weiteren wurde versucht, die Gesamtregion Osteuropas aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten. Demzufolge ergeben sich geografische, sprachliche, staatlich-politische und historisch-kulturelle Abgrenzungen, welche keine gemeinsamen Kriterien aufweisen. Hans Lemberg (1985) stützt sich auf den konstruktivistischen Definitionsansatz¹ und zeigt auf, dass vor dem 16. Jahrhundert der Osteuropa-Begriff nicht existierte, der Osten galt demnach als Orient.² Larry Wolff (1996) wiederum datiert die Erfindung Osteuropas auf das 18. Jahrhundert.³ "Osteuropa" verstehe Wolff als Übergangsregion zwischen dem Westen und den als barbarisch geltenden Osten. Bis zum Ersten Weltkrieg wurde der Osteuropa-Begriff als Synonym für Russland verwendet, erst danach wurden die Staaten Ostmitteleuropas hinzugezogen. Außerdem veränderte sich laut Frithjof Benjamin Schenk (2002) nach dem Ersten Weltkrieg die kognitive Landkarte (Mind Map), wodurch sich eine neue europäische Staatsordnung etablierte.⁴

Bis zum Fall des Eisernen Vorgangs orientierte sich der Begriff vor allem an politischen und ideologischen Kriterien und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, als sich die kognitive Landkarte erneut veränderte, hatte die verklärende Definition Osteuropas keinen Bestand mehr.⁵ Der osteuropäische Raum, der als historische Einheit erfunden und für politische Zwecke instrumentalisiert wurde, wurde von nun an kritisch hinterfragt.⁶

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass der Osteuropa-Begriff einem mehrmaligen Bedeutungswandel unterlag. Ein Bedeutungswandel, der dafür sorgte, dass der Begriff mittlerweile in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen genutzt wird. Es ist daher nicht verwunderlich, dass das daraus resultierende vielschichtige und umfangreiche Themenfeld Forscher*innen bis heute zu denken gibt.

Methodisches Vorgehen

Vor dem Antritt unserer Reise von Berlin über Warschau und Minsk nach Moskau haben wir zwei Interview-Leitfäden entsprechend unserer Forschungsinteressen erstellt. Da wir ein authentisches Bild dieser Region, ihrer sich im stetigen Wandel befindlichen Gesellschaft und der dort lebenden Menschen vermitteln wollen, haben wir Menschen aus unterschiedlichen sozialen Klassen (Studierende, Bankangestellte, Unternehmer) sowie verschiedenen Altersklassen (19 bis 72 Jahre) interviewt. Vor allem aber wollten wir mit den Interviewpartner*innen ins Gespräch kommen, um ein tiefgehendes wissenschaftliches Verständnis zu bekommen und neue Erkenntnisse und überraschende Sichtweisen zu gewinnen.

Experteninterviews

Folgende Experten wurden befragt:

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

Kamil Zajaczkowski: Assistenzprofessor und stellvertretender Direktor des Europäischen Zentrums an der Universität Warschau

Rustam Kasjanov: Dozent des Lehrstuhls für Europäisches Recht am Staatlichen Moskauer Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO)

Vladimir Dronov: Dozent des Lehrstuhls für Russistik und Interkulturelle Kommunikation an der Russischen Universität der Völkerfreundschaft (RUDN)

Andrej Egorov: Präsident des Zentrums für Europäische Transformation in Minsk

Darüber hinaus kamen wir im Zug nach Warschau ins Gespräch mit einer Historikerin namens Dorota, geb. in Łódź, wohnhaft in Warschau.

In ihrer Mehrheit sind sich die Experten einig, dass der Osteuropa-Begriff, trotz seiner definitorischen Unschärfe, seine Bedeutung heutzutage gemeinhin den politischen Ereignissen des 20. Jahrhunderts zu verdanken habe und größtenteils genutzt werde, um die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes von Westeuropa zu trennen, obwohl dies eine Vereinfachung der komplexen Wirklichkeit sei:

„Die Bezeichnung dieser Region als Osteuropa dient einem pragmatischen Zweck, denn es ist bequemer eine durch gemeinsame Merkmale verbundene Region, die viele Länder beinhaltet, mit einem Begriff zu definieren, als jedes Land einzeln benennen zu müssen.“

Rustam Kasjanov, MGIMO

Bei der Frage, welche Gemeinsamkeiten es unter den "osteuropäischen" Ländern gibt, wurde vor allem die kollektive kommunistische Vergangenheit genannt. Diesbezüglich brachte Rustam Kasjanov, Dozent des Lehrstuhls für Europäisches Recht am MGIMO, den Begriff Osteuropa explizit mit der Epoche des Kalten Krieges und der bipolaren Welt in Verbindung:

„Osteuropa ist nach meinem Verständnis das Erbe des Jalta-Potsdam Internationalen Systems, wonach Europa politisch in eine westliche und eine östliche Hälfte geteilt wurde. Die Letztere geriet unter Kontrolle der UdSSR, weswegen man heute von Osteuropa als einen einheitlichen Raum sprechen kann.“

Rustam Kasjanov, MGIMO

Laut dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, sei der Begriff Osteuropa ein mentales Konstrukt, das je nach Perspektive interpretiert werden und je nach Kontext verschiedene Konnotationen annehmen kann. Daher könne man nicht von Osteuropa als einem einheitlichen Raum sprechen.

Einige Experten kritisieren den Umstand, dass durch die mit dem Osteuropa-Begriff reproduzierten Stereotype die Diskurse und Selbstzuschreibungen in den Ländern und Regionen missachtet werden. Konkrete Vorschläge wie man diese Region alternativ benennen sollte, gab es mehrere: "Länder der östlichen Partnerschaft", eine Unterteilung in "Zentralosteuropa", "Südosteuropa" und „Osteuropa“.

Laut den Experten nehme ein Großteil der Russ*innen und Belarus*innen es nicht negativ auf, wenn sie als „Osteuropäer*innen“ bezeichnet werden. Vladimir Dronov, Dozent für Russistik und Interkulturelle Kommunikation an der Russischen Universität der Völkerfreundschaft fügt hinzu, dass seit dem

Ende der 1980/90er Jahre die Russ*innen ihr Land eher als eurasischen Raum betrachten würden. Laut der polnischen Historikerin, mit der wir im Zug von Berlin nach Warschau ins Gespräch kamen, sei die Rede vom zivilisatorischen Unterschied zwischen dem „fortgeschrittenen“ Westen und dem „rückständigen“ Osten:

„Negativ, weil es ausdrückt, sie seien zivilisatorisch rückständig, weniger gebildet und hätten ein wesentlich geringeres Einkommen zur Verfügung. Dass ihre Länder nicht über denselben Grad an Zivilisation verfügen. Sie wollen ihre kulturelle und sprachliche Identität bewahren, sie erbringen in Europa dieselbe Leistung, die gleichbedeutend ist mit den Errungenschaften Frankreichs, Deutschlands, Spaniens oder des Vereinigten Königreichs.“

Dorota, 48

Straßeninterviews

Während unserer Reise von Berlin über Warschau und Minsk nach Moskau kamen wir an unterschiedlichsten Orten (im Zug, Park, Café, in der Kantine, an Universitäten, auf der Straße) ins Gespräch mit unterschiedlichsten Menschen.

So fragten wir zunächst nach sozioökonomischen Merkmalen (Name, Alter, Beruf, Geburtsort, Wohnort). Im Anschluss daran erfolgten vier Fragen zum Thema Osteuropa: „Wo liegt Ihrer Ansicht nach Osteuropa?“, „Was assoziieren Sie mit Osteuropa? Geben Sie einige Stichwörter an.“, „Glauben Sie, dass es in Europa Unterschiede zwischen dem Osten und Westen gibt?“, „Denken Sie, dass es osteuropäische Werte gibt? Wenn ja, welche?“ sowie zwei weitere Fragen zur Selbstwahrnehmung der Befragten: „Würden Sie sich als Osteuropäer*in beschreiben? Begründen Sie Ihre Antwort.“ und „Fühlen Sie sich als Europäer*in?“.

Interviews in Warschau



Abb. 3 © Kristina Luft

In Warschau verstand sich nahezu keiner unserer Interviewpartner*innen als Osteuropäer*innen. Den Raum Osteuropa verorten

sie weiter östlich, beginnend in Belarus. Des Weiteren gibt die große Mehrheit unserer Befragten an, dass Polen im Zentrum Europas liege und daher nicht zu Osteuropa gehöre. Daraus lässt sich schließen, dass unsere Interviewpartner*innen Polen eher westlich von Osteuropa verorten, jedoch sich selbst weder als Ost- noch Westeuropäer*innen, sondern vorwiegend als Europäer*innen bezeichnen.

Aus historischer Perspektive wird zudem deutlich, dass die Bevölkerung im Osten Polens aufgrund der sowjetischen Besetzung und der damit verbundenen Sowjetisierungsmaßnahmen bis heute geprägt ist. Die geführten Interviews lassen annehmen, dass der Terminus Osteuropa in Polen in territorialer, politischer und historischer Hinsicht mehrheitlich auf Ablehnung stößt, da die große Mehrheit unserer Interviewpartnerinnen den Terminus (Zentral-)Europa bevorzugen. Die gemeinsame slawische Abstammung, die sich durch die Ähnlichkeit in sprachlicher und kultureller Hinsicht ausdrückt, stellt wiederum eine Verbindung zu Osteuropa dar:

„Was unsere Kultur betrifft, so ähneln wir eher den Ländern im Osten.“

Tomasz, 34

Interviews in Minsk



Abb. 4 Minsk zwischen Vergangenheit und Gegenwart - Lenin und Graffitikunst © Kristina Luft

Der Staat Belarus steht unter dem Einfluss zweier Nachbarregionen, der EU und Russlands, die unterschiedliche geopolitische Ziele verfolgen. Dies wird in Anbetracht des Zwiespalts der belarussischen Regierung zwischen EU-Integration und Eurasischer Wirtschaftsunion, von der die belarussische Wirtschaft am meisten profitiert, deutlich. Hinzukommt, dass das sowjetische Erbe in Belarus, vor allem in Minsk, bis heute spürbar ist:

„Belarus ähnelt eher Russland als der Europäischen Union, hier findet man viele Überbleibsel aus der sowjetischen Vergangenheit, Kontraste zwischen Vergangenheit und Gegenwart.“

Jan, 19

Für die einen gehört Belarus zu Europa. Andere Interviewpartner*innen verorten Belarus in der Mitte - zwischen West- und Osteuropa – doch eine Mehrheit zählt Belarus zu Osteuropa. Außerdem wurde von denjenigen, die Belarus in der Mitte sehen, der Raum Osteuropa weiter östlich verortet, in diesem Fall beginnend in Russland. Mit anderen Worten verstehen sich diejenigen, die Belarus zu Europa zählen, als Europäer*innen per se. Diejenigen, die die öffentliche Meinung⁷ vertreten, dass Belarus im Herzen Europas liege, sehen sich vorwiegend als Belaruss*innen. Zu guter Letzt stören sich diejenigen, die Überbleibsel der sowjetischen Zeit in Belarus vernehmen, aufgrund der Ähnlichkeit zu Russland an der Bezeichnung „Europäer*innen“. Überraschenderweise entspricht die geografische Wahrnehmung nicht in jedem Falle der Selbstwahrnehmung der Befragten. Beispielsweise grenzt sich eine Befragte, Irina (58), von der Bezeichnung „Osteuropäer*in“ ab. Stattdessen würde Irina sich eher als Europäerin bezeichnen, obwohl sie Belarus territorial der Region Osteuropa zuordnet. Ein anderer Befragter, Bogdan (23), stört sich wiederum nicht an der Bezeichnung „Osteuropäer*in“,

verweist aber darauf, dass das Individuum über multiple Identitäten verfügen kann.

Gibt es nennenswerte Unterschiede zwischen Ost und West? Eine große Mehrheit unserer Interviewpartner*innen aus Belarus nimmt deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa wahr, vor allem in kultureller Hinsicht:

„Doch bei uns, Osteuropäern, gelten etwas andere Traditionen – wir sind viel offener und gastfreundlicher.“

Irina, 58

Ein weiterer interessanter Aspekt ist das Identitäts-, Zugehörigkeits- und Verbundenheitsgefühl, das vor allem von denjenigen Belaruss*innen geteilt wird, die ihr Land in der Mitte Europas, zwischen Ost- und Westeuropa, verorten. Auf dem Weg nach Warschau haben wir im Zug eine junge Frau aus Minsk interviewt, die eine offensichtlich patriotische Haltung einnimmt, indem sie ihre Heimat im geographischen wie auch nationalen Sinne von West- und Osteuropa abgrenzt:

„Ich bin Slawe. Wir (Slawen und Europäer) sind alle gleich. Sagen wir mal so, wir sind alle Menschen. Aber jedes Land hat seine eigenen Traditionen und Lebensansichten. Jedoch bin ich ein Patriot, ich stehe hinter Belarus. In Belarus denken alle, dass wir uns im Herzen Europas – zwischen Ost- und Westeuropa – befinden.“

Natalia, 32

Interviews in Moskau

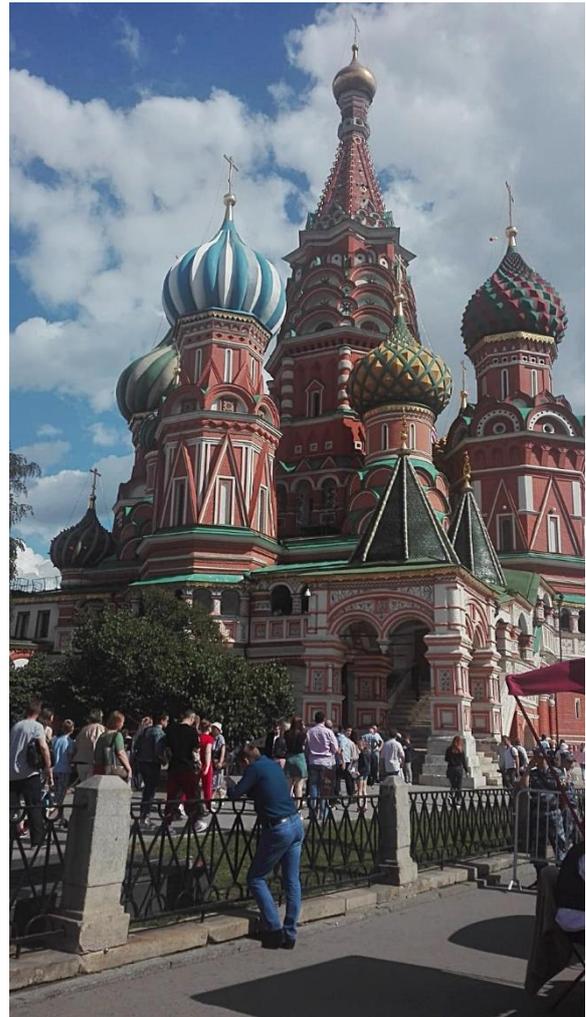


Abb. 5 © Kristina Luft

Keiner der sechs befragten Interviewpartner*innen in Moskau verstand sich als Osteuropäer*in. Russland gehöre nicht zu Osteuropa. Demnach beschreibe „Osteuropa“ geographisch, was südlich und östlich von Polen liege. Die Grenze erstreckte sich demnach nur bis zur Russischen Föderation.

Interessanterweise bezeichneten sich drei Befragte als Russländer*innen. Beim Begriff „Russländer*innen“ handelt es sich um einen Neologismus, mit dessen Hilfe versucht wird,

den russischen Begriff россиянин (Staatsbürger Russlands) mit dem Wort Russländer*innen wiederzugeben. Dies zeigt, dass die Moskauer sich definitiv nicht als Osteuropäer*innen sehen, sondern eine eigene Bezeichnung bevorzugen:

„Ich sehe mich selbst als ‚Russländer‘. Russland gehört nicht zu Osteuropa.“

Robert, 25

Eine weitere Besonderheit besteht darin, dass seit *„dem Ende der 80/90er Jahre [...] die Idee des Eurasismus immer größeren Anklang bei den Russen, die ihr Land eher als eurasischen Raum betrachten“* (Vladimir Dronov, Dozent an der Russischen Universität der Völkerfreundschaft) findet. Unsere Interviewpartnerin Olga (39) vertritt ebenfalls diese Idee:

„Russland ist Eurasien. Das ist das Land, das weder Europa noch Asien ist. Es ist eine Welt für sich.“

Olga, 39

Ein großer Unterschied zwischen europäischen und russischen Staatsbürger*innen liege in der Mentalität begründet. Beinahe alle Interviewpartner*innen sind der Meinung, dass sich russische Staatsbürger*innen im Hinblick auf ihre Mentalität von (Ost)Europäer*innen unterscheiden. Russlands sozialistische Vergangenheit wirke sich bis heute auf die Denkweise der Menschen aus. Anhand der geschichtlichen und politischen Ereignisse solle Russland von Europa getrennt betrachtet werden:

„Europa unterscheidet sich sehr stark. Die Mentalität ist anders, die Einstellung ist anders, der Lebensstandard ist anders.“

Artjem, 26

Umfrage in Berlin

Im Rahmen unserer Projektarbeit haben wir zusätzlich zu den Straßen- und Experteninterviews eine Online-Umfrage in Berlin durchgeführt. Insgesamt haben an der Umfrage 9 Personen teilgenommen. Die Frage nach der territorialen Zugehörigkeit Osteuropas hat viele verschiedene Antworten geliefert. Während für einige Befragte Osteuropa erst östlich von Belarus bzw. Polen beginnt, zählten andere den östlichen Teil Deutschlands zu Osteuropa. Die Auffassung, dass Zentral- und Mitteleuropa nicht als Teil Osteuropas angesehen werden soll wurde ebenso vertreten. Die Antworten (Stichwörter) auf die Frage *“Was assoziieren Sie mit Osteuropa?”* hatten einen deutlich erkennbaren Russland- bzw. slawischen Bezug: *“Russland”, “Sozialismus”, “Slawische Sprache”, “UdSSR”, “Kalter Krieg”*. Darüber hinaus stellt man fest, dass die Merkmale, die Osteuropa ausmachen sollten, bei einigen negativ geprägt sind: *“Große Spanne zwischen Arm und Reich”, “Rückständigkeit”, “Ungleichheit im Vergleich zu Westeuropa”*. Bezüglich der letzten Frage waren sich unsere Umfrageteilnehmer*innen hundertprozentig einig: Es gibt in Europa Unterschiede zwischen dem Osten und Westen.

Fazit

Wie wir es uns erhofft haben, konnten wir interessante, alte wie neue Erkenntnisse gewinnen. Angefangen in Warschau, wo wir auf Interviewpartner*innen trafen, die die weit verbreitete Ansicht vertraten, dass das heutige Polen in territorialer und politischer Hinsicht nicht zu Osteuropa gehöre. Im Falle Minsk haben wir teils widersprüchliche Aussagen vernommen, weshalb wir annehmen, dass dies mit der geografischen Lage und historischen Vergangenheit zusammenhängt. Es ist offensichtlich, dass die Belaruss*innen bezüglich ihrer Identität gespalten sind. Außerdem stellten wir fest, dass die geografische Wahrnehmung nicht in jedem Falle der Selbstwahrnehmung der Befragten entsprechen muss. Nicht überraschend ist jedoch die Tatsache, dass sich in Moskau keiner unserer Interviewpartner*innen als Ostereuropäer*innen bezeichnete. Stattdessen findet der Eurasismus und die Bezeichnung россиянин immer größeren Anklang bei der russischen Bevölkerung. Im Ländervergleich zeigt sich, dass die kulturelle Prägung eine große Rolle für die Selbst- und Fremdwahrnehmung der Interviewpartner*innen spielt.

In Gegenüberstellung zu den Ergebnissen aus der Online-Umfrage zeigt sich, dass der

Terminus Osteuropa in Berlin bzw. im Westen verstärkt mit Ungleichheit, Rückständigkeit und sozialen Missständen in Verbindung gebracht wird. Es ist daher nicht verwunderlich, dass ein Großteil der polnischen, belarussischen und russischen Bevölkerung die Bezeichnung „Osteuropäer*innen“ entweder rigoros ablehnt oder zumindest sich mit dieser Bezeichnung nicht identifizieren möchte. Unsere Experten wissen um die Problematik und betonen, dass vor allem politische Diskurse sowie die eurozentristische Weltsicht die Reproduktion ebensolcher Stereotype beeinflussen. Daraus folgt, dass solange die eurozentristische Perspektive nicht überwunden wird, der Osteuropa-Begriff in dieser Form existieren wird. An dieser Stelle möchten wir Aleksej (29) zitieren, der als einziger unserer Befragten keine Unterschiede zwischen dem Westen und Osten sieht: „Meiner Meinung nach ist Europa eins, man darf es nicht teilen.“

Weitere projektbezogene Informationen wie transkribierte Interviewausschnitte und Audiomaterial aufrufbar unter:

<https://userwikis.fu-berlin.de/display/zeitgeist/Zeitgeist+Osteuropas>

¹ Der konstruktivistische Ansatz betrachtet historische Räume als Produkte menschlichen Denkens.

² s. Lemberg, Hans (1985) Zur Entstehung des Osteuropabegriffs im 19. Jahrhundert. Vom „Norden“ zum „Osten“ Europas. Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Bd. 33, H. 1, 48-91.

³ s. Larry Wolff (1996) Inventing Eastern Europe: Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment.

⁴ S. Schenk, Frithjof Benjamin (2002) Mental Maps. Die Konstruktion von geographischen Räumen in Europa seit der Aufklärung. Geschichte und Gesellschaft 28, 493-514.

⁵ Vgl. Lemberg, 1985: 503f.

⁶ Emeliantseva, Ekaterina; Malz, Arie; Ursprung, Daniel (2008): Einführung in die osteuropäische Geschichte, 13.

⁷ Belarussische Forscher*innen kamen im Jahre 2003 zu dem Schluss, dass die geografische Mitte Europas sich in Belarus (Bitebskaja oblast') befindet: <https://news.tut.by/society/24075.html>

MASSEN MEDIEN UND MACHT IM POSTSOWJETISCHEN RUSSLAND

Ein Tandem-Projekt an der
Universität Potsdam

Maria Deisel | Daria Morozova | Eugen
Rube | Vasili Schewelow

Das Projekt „Massenmedien und Macht im postsowjetischen Russland“ entstand in Zusammenarbeit mit dem Institut für Slavistik der Universität Potsdam. Die Zielvorgabe an unsere Projektgruppe bestand in der inhaltlichen und methodischen Vorbereitung von 17 Studierenden aus Potsdam, Moskau, St. Petersburg und Irkutsk auf die gleichnamige Sommerschule, die vom 29. Juli bis 03. August an der Universität Potsdam stattfand. Zudem sollten die Studierenden in deutsch-russischen Tandempaaren zusammenarbeiten, um ihre Fremdsprachenkenntnisse zu vertiefen. Wir haben ein aus zwei Teilen bestehendes Tandem-Projekt konzipiert und in Absprache mit der Projektkoordinatorin Frau Natalia Ermakova, während des Sommersemesters 2019 durchgeführt.

Massenmedien und Macht im Kontext der Hybridität

Die Verortung des Projekts im übergeordneten Paradigma der Hybridität erfolgte über die politikwissenschaftliche Forschung zum modernen Autoritarismus und insbesondere zu sogenannten elektoral-autoritären Regimen, die seit dem Ende der 1980er Jahre einen gegenläufigen Trend zum kontinuierlichen Demokratisierungsprozess bilden. Unter dem Begriff elektoral-autoritäre Regime werden hybride Regime subsumiert, die formal-demokratische Institutionen (Wahlen, Gewaltenteilung, Pressefreiheit) zulassen,

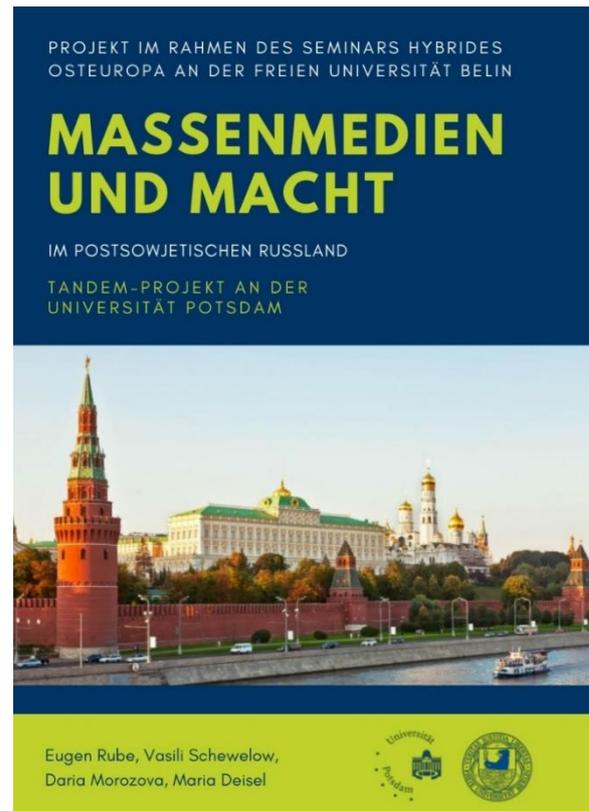


Abb. 1 © Eugen Rube

diese jedoch durch autoritäre Praktiken systematisch unterwandern. In elektoral-autoritären Regimen finden allgemeine Wahlen statt, die sich durch ein Mindestmaß an Pluralität und Wettbewerb auszeichnen. Dennoch handelt es sich dabei de facto nicht um demokratische Wahlen, weil das Regime manipulativ eingreift, indem es z. B. bestimmte Parteien und Kandidat*innen von der Wahl ausschließt oder die Wahlprozedur unrechtmäßig beeinflusst. Deshalb geht die Gefahr eines Regimewechsels nicht von Wahlen aus, sondern von einem potenziellen Staatsstreich seitens der Machtelite sowie von einer potenziellen Revolution seitens der von der Herrschaft ausgeschlossenen Bevölkerungsmehrheit.¹ Der autoritäre Herrscher kann dabei auf drei Ressourcen zurückgreifen, um diese Gefahren abzuweh-

ren und die Aufrechterhaltung seines Regimes sicherzustellen: Repression, Kooptation und Legitimation.² Die bisherige Forschung legte ihren Fokus zum einen auf Menschenrechtsverletzungen (Repressionen) und zum anderen auf die Vereinnahmung der Opposition durch Zuteilung materieller und immaterieller Ressourcen (Kooptation). Legitimation stellt dagegen eine kulturelle Ressource dar, die dadurch erzeugt wird, dass bestimmte Überzeugungen und Wertvorstellungen durch Massenmedien und Bildungseinrichtungen an die Bevölkerung übermittelt werden.

Abseits vom akademischen Mainstream stellen Guriev und Treisman die letztgenannte Ressource ins Zentrum ihrer Theorie zur Erklärung der Persistenz autoritärer Regime.³ In der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts ist es für autoritäre Herrscher*innen nicht mehr ohne weiteres möglich, ihre Macht auf Gewaltanwendung und Ideologie zu stützen. Stattdessen setzen sie auf die Popularität der eigenen Person, indem sie die durch Massenmedien verbreiteten Informationen derart manipulieren, dass in der Bevölkerung der Eindruck entsteht, der autoritäre Herrscher sei kompetent und wohlwollend. Damit greifen die Autoren das Konzept der konstruierten Wirklichkeit aus der Medienforschung auf und integrieren es in die Autoritarismusforschung.⁴

Wir nahmen diese neue Forschungsperspektive als Orientierung für die Gestaltung unseres Projekts und beschäftigten uns mit der Instrumentalisierung von Massenmedien

zur Aufrechterhaltung eines elektoral-autoritären Regimes am Beispiel des postsowjetischen Russlands. Das politische System des Landes repräsentiert einen typischen Fall moderner autoritärer Regime, denn es unterwandert demokratische Institutionen durch autoritäre Praktiken, wie etwa eine diskriminierende Wahlgesetzgebung oder die Verletzung von politischen Rechten und Grundrechten. Zudem wird Russland sowohl generell in Bezug auf individuelle politische Rechte und Freiheiten als *not free* eingestuft, als auch speziell in Bezug auf die Presse- und Internetfreiheit.⁵

Das Konzept des Projekts

Der erste Teil (15.04. - 31.05.2019) unseres Tandem-Projekts umfasste sechs 90-minütige Seminarsitzungen: eine Einführungssitzung zu Medientheorie, Demokratiemessung und Autoritarismusforschung, vier Sitzungen zu den Schwerpunktthemen: Periodika, Fernsehen, Soziale Netzwerke und YouTube sowie eine abschließende Sitzung mit dem Zwischenfazit. In diesen Seminarsitzungen haben wir uns mit den Teilnehmer*innen im Rahmen von Inputreferaten, Gruppendiskussionen und Arbeitsaufträgen mit den Fragen auseinandergesetzt, wie Massenmedien in einem nicht demokratischen Kontext funktionieren und mit welchen Mitteln der russische Staat Massenmedien beeinflussen kann. Die Teilnehmer*innen arbeiteten in deutsch-russischen Tandempaaren, wobei die Kommunikation mit russischen Studierenden via Instant-Messaging-

Dienste erfolgte. Im Folgenden sollen die Arbeitsergebnisse aus den Seminarsitzungen skizziert werden.

Kennzeichnend und prägend für den russischen Journalismus ist seine Entstehung in einem Top-down-Prozess im Jahr 1702, als Peter der Große die erste gedruckte Zeitung „Vedomosti“ herausgab. In den folgenden 311 Jahren befanden sich die russischen Medien nur neun Jahre in relativer Freiheit, so das Forschungsergebnis der St. Petersburger Journalismuswissenschaftlerin Elena Sonina aus dem Jahr 2014.⁶

Der Zerfall der Sowjetunion löste eine Unterfinanzierung bei den staatlichen Medienbetrieben aus und bedeutete für den Großteil der Branche nicht den Weg in die Unabhängigkeit, sondern den Übergang vom Staats- eigentum zum Privateigentum von Wirtschafts-oligarchen, wie etwa Boris Ber- zovskij⁷ und Vladimir Gusinskij⁸. Neben der wirtschaftlichen Abhängigkeit entstand nach dem offiziellen Zensurverbot von 1991 eine inoffizielle Zensur, mit der die Medien ab etwa Mitte der 1990er Jahre in Berührung kamen. Die Stiftung zum Schutz der Glas- nost veröffentlichte 1996 eine Auflistung von Strategien, mit denen die inoffizielle Zensur ausgeübt wurde:⁹

1. Missbrauch administrativer Res-
ourcen (u.a. Durchsuchungen von
Räumlichkeiten, Entzug von Akkre-
ditierungen)
2. Wirtschaftliche Druckmittel (u.a. Fi-
nanzaudits, Werbeeinnahmen)
3. Bestechung

4. Anwendung körperlicher Gewalt
5. Schutz von Staatsgeheimnissen
6. Verdeckte Zensur der Behörden

In unseren Seminarsitzungen gaben wir den Studierenden zunächst einen Überblick über die Entwicklungen der russischen Medien- landschaft in den 1990er Jahren. Anschlie- ßend richteten wir unseren Fokus auf das Putin-Regime und dessen charakteristische Strategien zur Beeinflussung von Massen- medien. Bei der Auswahl und der Vorberei- tung der Seminarlektüre orientierten wir uns an der Kategorisierung von Akhrarkhod- jaeva:¹⁰

I. Einflussmechanismen auf der Makro-Ebene:

A. Missbrauch administrativer Ressour- cen:

1. Eigentum an Medien
2. Produktion und Distribution
3. Staatliche Zuschüsse und selek-
tive Forderungen
4. Selektive Eintreibung von Forde-
rungen
5. Erpressung
6. Kooptation
7. Kontrolle des Zugangs zu Infor-
mationen

B. Gesetzliche Einschränkungen:

1. Überregulierung der Medien
2. Roskomnadzor (Föderaler Dienst
für die Aufsicht im Bereich der
Kommunikation, Informations-
technologie und Massen-
kommunikation)

II. Einflussmechanismen auf der Mikro-Ebene:

1. Bedrohungen und Angriffe gegen
Journalisten und Medien
2. Einstellungs- und Entlassungs-
praktiken
3. Selbstzensur

Der Modus Operandi in Bezug auf Medien im Putin-Regime zeichnet sich in erster Linie durch die Anwendung latenter Formen von Propaganda und Zensur aus. Obwohl das Regime dem Westen kritisch gegenübersteht, behauptet es nicht, eine bessere Alternative zur Demokratie zu haben, sondern besteht nur auf einer souveränen Entwicklung innerhalb seiner spezifischen nationalen Bedingungen. Propaganda dient dem Regime dabei, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass der Präsident gute Arbeit leistet und dass Fehlschläge eher auf äußere Umstände als auf seine Inkompetenz zurückzuführen sind. Um dieses Bild und damit das Regime aufrechtzuerhalten, üben die machthabenden Eliten indirekte Kontrolle über die Medien aus, u.a. durch Übertragung entscheidender Medien an loyale Wirtschaftsoligarchen oder durch selektive Verhängung von Strafen, um den wenigen unabhängigen Medien die finanzielle Grundlage zu nehmen. Offensichtliche Einschränkungen der Pressefreiheit geschehen dagegen unter Verschleierung der wahren Motive, etwa zum vermeintlichen Schutz der Bevölkerung vor Extremismus, Kinderpornografie oder Fake News.

Um diese Ergebnisse des ersten Teils unseres Projekts einem breiten, an dem Forschungsthema interessierten, Publikum zur Verfügung zu stellen, werden wir im Laufe des Wintersemesters 2019/20 ein [Wiki einrichten](#), auf dem wir die von uns verwendete Literatur systematisieren werden.

Im zweiten Teil (01.06. - 20.07.2019) unseres Tandem-Projekts vertieften die Teilnehmer*innen ihr Wissen, indem sie vier Workshops zu den Schwerpunktthemen Periodika, Fernsehen, soziale Netzwerke und YouTube konzipierten. Jedes der Schwerpunktthemen wurde von einem Team aus zwei Tandempaaren bearbeitet. Dazu führten wir die Studierenden in die Workshop-Methoden ein und konsultierten sie sowohl bei der Themenfindung als auch bei der Planung und den abschließenden Vorbereitungen. Die Gruppen führten ihre Workshops nacheinander am Ende der Sommerschule durch, wobei drei Gruppen abwechselnd die Rolle der Teilnehmenden einnahmen.

In dem Workshop der Gruppe „Periodika“ analysierten Studierende anhand ausgewählter deutscher und russischer Printmedien die Unterschiede in der Medienrhetorik und ihre Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Leser*innen. Die gewählten Fallbeispiele waren: die Ermordung des oppositionellen Politikers Boris Nemcov, der Fall der Chačaturjan-Schwwestern sowie die



Abb. 2 Workshop der Gruppe Periodika
© Vasili Schewelov



Abb. 3 Workshop der Gruppe Fernsehen
© Vasili Schewelow

Brandkatastrophe im Einkaufs- und Erlebniszentrum „Zimnjaja Višnja“ in der Stadt Kemerovo. Als Methode wählte die Gruppe eine adaptierte Variante des Gruppenpuzzles, bei der zur Lösung der Gesamtaufgabe Expert*innengruppen gebildet und Feedback-Runden für Zwischenergebnisse eingerichtet wurden.

Die Gruppe „Fernsehen“ entschied sich für ein Planspiel, bei dem die Produktion einer Kurzreportage über fiktive Proteste in Moskau simuliert wurde. Das Ziel des Workshops bestand in der Auseinandersetzung mit der Rolle der Redaktion, die stellvertretend sämtliche Akteur*innen repräsentierte, die von außen in den Produktionsprozess eingreifen können. Dazu wurden die Teilnehmer*innen in drei Produktionsteams aufgeteilt, denen jeweils ein zuvor gebrieftes Redaktionsmitglied zugeteilt wurde. Die Aufgabe der Produktionsteams und ihrer jeweiligen Redakteur*innen bestand darin, sich trotz unterschiedlicher Vorstellungen auf ein gemeinsames Skript zu einigen und dieses zu realisieren. Die anschließende Vorführung der Arbeitsergebnisse sorgte für einige

Überraschungen und Aha-Erlebnisse, weil zwei der gezeigten Reportagen von den Redakteur*innen nachträglich stillschweigend bearbeitet wurden.

Der Workshop zu sozialen Netzwerken fand in Form von Stationsgesprächen statt, in denen sich Studierende mit dem Thema Fake News auseinandersetzten. Dazu schlüpften sie in die Rollen unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteur*innen und arbeiteten Argumente und Strategien für die Produktion bzw. die Bekämpfung von Fake News heraus. Anschließend festigten die Teilnehmer*innen ihre gewonnenen Erkenntnisse in einem Quiz, bei dem es darum ging, Fake News aufzudecken.

Ähnlich der Gruppe „Fernsehen“ wählte die YouTube-Gruppe die Simulation als Workshop-Methode. Doch diesmal ging es darum, die Arbeit von Roskomnadzor, der russischen Aufsichtsbehörde für Massenmedien, Telekommunikation und Datenschutz zu simulieren. Aufgeteilt in drei Gruppen bekamen die Studierenden die Aufgabe, Kurzreportagen über eine Gesetzesänderung zu



Abb. 4 Workshop der Gruppe Soziale Medien
© Vasili Schewelow



Abb. 5 Workshop der Gruppe Youtube
© Vasili Schewelow

drehen und sich dabei streng an adaptierte Gesetzesvorgaben zu halten. Anschließend prüfte die YouTube-Gruppe in der Rolle des

Roskomnadzors die Einhaltung der Vorgaben und demonstrierte dabei die vielen Auslegungsmöglichkeiten eines zu allgemein oder zu unbestimmt formulierten Gesetzestextes, wie er oft im russischen Medienrecht zu finden ist

Ein ausführlicher Bericht über das Tandem-Projekt und die Sommerschule wird im Oktober/November 2019 auf der [Website des Instituts für Slavistik der Universität Potsdam](#) sowie auf der [Website des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin](#) veröffentlicht.

Zum Wiki <http://massenmedien-und-macht.wikidot.com>

¹ Svoboda, Milan (2012) *The Politics of Authoritarian Rule*. Cambridge, Cambridge University Press.

² Schedler, Andreas (2013) *The Politics of Uncertainty. Sustaining and Subverting Electoral Authoritarianism*. Oxford, Oxford University Press.

³ Guriev, Sergei and Treisman, Daniel (2016) *How Modern Dictators Survive. An Informational Theory of the New Authoritarianism*, Working Paper. <https://www.tse-fr.eu/sites/default/files/TSE/documents/sem2016/development/guriev.pdf> (09.08.2019).

⁴ Akharkhodjaeva, Nozima (2017) *The Instrumentalisation of Mass Media in Electoral Authoritarian Regimes. Evidence from Russia's Presidential Election Campaigns of 2000 and 2008*. Stuttgart, ibidem-Verlag.

⁵ Freedom_House (2019) *Freedom in the World 2018. Russia Profile*. <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/russia> (04.08.2019).

⁶ Sonina, Elena (2019) *Censura v rossijskich SMI: ot carskich vremen do našich dnei*. <https://www.youtube.com/watch?v=ChXvn2RM-A0> (10.08.2019).

⁷ *Medien im Eigentum von Boris Berezovskij: Fernsehsender Ort und TV-6; Printmedien Ogonjok, Nezavissimaja Gazeta*.

⁸ *Medien im Eigentum von Vladimir Gusinskij: Fernsehsender NTV; Printmedien Segodja, Itogi, Smena, 7 dnei*.

⁹ Sonina, Elena (2019) *Censura v rossijskich SMI: ot carskich vremen do našich dnei*. <https://www.youtube.com/watch?v=ChXvn2RM-A0> (10.08.2019).

¹⁰ Akharkhodjaeva, Nozima (2017) *The Instrumentalisation of Mass Media in Electoral Authoritarian Regimes. Evidence from Russia's Presidential Election Campaigns of 2000 and 2008*. Stuttgart, ibidem-Verlag.

PROGRESS OF (POST)- CONFLICT MANAGEMENT IN GEORGIA AND UKRAINE

How governments and individuals
have coped with the aftermath of
conflict and displacement in
Georgia and Ukraine

Thomas Barrett | Ana Darabegashvili | Anna
Iarynych | Adrian Pusch | Karina Matvienko

Ukraine and Georgia have been at the forefront of the post-conflict management of the internally displaced persons (IDPs) since 2008 and 2014 respectively. Failure to find a durable solution for IDPs indicates an inability to provide human security for those concerned.¹ Georgia has taken concrete steps to alleviate the crisis, while evidence on Ukraine has not been promising thus far.² Why have two countries with many shared characteristics performed differently? By assessing comparatively, the attempts of the Georgian and the Ukrainian governments through the lens of human security, we attempt to shed light on the challenges and possibilities of IDP management.

Methodology

We incorporate a qualitative and quantitative methodology. We used printed questionnaires to collect quantitative data with the focus on general personal data, working conditions, housing conditions, education and financial aid. In the end we collected data from around 20 persons per country. Furthermore, we conducted 13 interviews in Ukraine and 7 in Georgia whose content analysis should generate a narrative from the perspective of IDPs and NGOs. Naturally, the topics of these interviews were also personal data, working conditions, housing conditions,



Abb. 1 Ukrainian and Georgian flags © torange.biz

education and financial aid regarding the IDPs and furthermore with members of the NGOs we conducted expert interviews also focusing on government policies and bureaucracy dynamics. In addition, in the course of our research, we decided to define a "most similar case scenario" with causal theses as the basis for research and results. In Ukraine we conducted interviews in Kyiv and Luhansk Oblasts and in Georgia – in Tbilisi, Gori and Karaleti.

The interviews we conducted allowed us to single out the following theses:

Thesis 1: The weaker a country's bureaucracy, the less effectively it can deal with the IDP situation.

Thesis 2: The greater the economic, structural and population dislocation caused by the crisis, the more difficult it is to alleviate the situation of IDPs.

Thesis 3: The greater the impact of ongoing conflict in the region and regular movement across the contact line, the more difficult it is to alleviate the situation of IDPs.



Abb. 2 Map of Ukrainian disputed territory
21/03/2019

Ukraine

Before the trip we agreed to concentrate on three main topics, since we found them essential for integration of IDPs: monetary help, accommodation and education. During our research, we came to the conclusion that neither are people receiving sufficient monetary help from the state nor are they provided with any type of housing, judging by the interviewees' statements. Our time on the ground in Luhansk Oblast (Severodonetsk) and in Kyiv in the middle of May 2019 challenged many of our preconceptions about the IDPs.

Five years on, most local actors did not focus on IDPs as a distinct category as they felt that the term "IDPs" ignored key realities. They pointed out two groups of extremely vulnerable people who fall outside the definition. Firstly, those who did not flee their homes or were unable to do so and still live with the danger, isolation and deprivation of living next to an active warzone. This group is in fact the main recipient of humanitarian aid in the region, although strictly speaking

these people are not IDPs. The second group is those whose way of life has been rendered impossible by the dislocation caused by the conflict. Most people in the unoccupied territories were involved in supplying agricultural products or services to the now-occupied industrial center around Luhansk. They are now in an extremely precarious situation, yet are not classified as the IDPs.

Certain systems of integration of IDPs were established. But this has also caused unexpected side effects, for example, "fake IDPs". Given that pensions are linked to the IDP sta-



Abb. 3 T.Barrett interviewing a teacher of the Volodymyr Dahl Eastern Ukrainian University P.Krevula © Anna Iarynych

tus, people who live in the occupied territories registered themselves as IDPs in the Ukrainian-controlled territory in order to receive their pensions, but in fact are not displaced. Peculiar cases have arisen where women decided to divorce from their husbands, because a single woman with children is eligible for greater monetary compensation than a married one. Among other side effects are stigmatization of those who remained in the occupied territories, discrimination and so on.

Also, a number of problems remain without response, such as keeping track of the dynamics of the IDPs, because there is no official or unofficial statistics of people who chose to return to the occupied territories, no statistics on the needs of the IDPs or attention to those who chose not to claim an IDP status.

When the law on the IDPs came into effect and the Ministry of the Temporarily Occupied Territories and Internally Displaced Persons was created in 2016 it was already two years after the beginning of the conflict. It was meant to be a central organ to deal with all questions concerning the IDPs, yet has been beset by funding and organizational challenges.

The government response to the crisis in Luhansk has been extremely lacking. Both central ministries and regional departments complained that the other had not engaged in proper information gathering to underpin an appropriate response. Centre and periph-

ery each claimed that this was the responsibility of the other. As a result, there is a chronic lack of strategic planning for IDPs and human security in general and little is happening beyond the distribution of basic social services stipulated by Kyiv. The bureaucracy is highly intransparent, apparently even to local officials, as the interviews showed. Regional initiatives to create social housing failed due to the lack of funding and restrictive bureaucracy.

The interviews also showed a distrust of the Ukrainians in state institutions. Some applied and received an IDP status because they are in hopeless situations and relied on pensions, some applied and then gave it up due to the lack of time for renewing it monthly, some never applied for it because they did not see the advantages to be worthwhile.

The future reintegration of the IDPs will be a big challenge. There is no unified state strategy for the future reintegration of the occupied territories. One silver lining has been the success of the ongoing decentralization reforms. Locals in small towns noted that the creation of Amalgamated Territorial Hromadas had given communities more control over local budgets.



МІНІСТЕРСТВО

З ПИТАНЬ ТИМЧАСОВО ОКУПОВАНИХ ТЕРИТОРІЙ
ТА ВНУТРІШНЬО ПЕРЕМІЩЕНИХ ОСІБ УКРАЇНИ

Abb. 4 The logo of the Ministry of Temporarily Occupied Territories and IDPs

Economic revival is beset by structural problems. Ukraine's centralization has left the region struggling to redirect its industries from the occupied industrial area towards other regions. Transport infrastructure is poor and energy security is a concern - the region is dependent on a single power plant close to the frontline and relying on expensive gas in the absence of coal from Donbass.

NGOs are trying to take up the government's slack. A few focus on humanitarian aid and legal support, but most are engaged in micro-lending projects, small business development and encouraging civil society participation. There is a lot of overlap in the absence of any direction from the government.

Georgia

Interviews conducted in Georgia gave us a better understanding of the situation that people with an IDP status live in, but we faced certain challenges since the perspectives we received from the government's



Abb. 5 Georgia, Ossetia, Russia and Abkhazia

side, from the NGOs and IDPs themselves did not always coincide.

The Ministry of Internally Displaced Persons from the Occupied Territories has launched several initiatives for the IDPs. Every registered IDP gets a monthly allowance, the tuition in Georgian universities is free for them and new programs of professional training were introduced, but the main objective of the government is to provide durable housing to every IDP family. Directly in the aftermath of the conflict in 2008, the government built settlements for the IDPs. Since then the new housing program has been introduced



Abb. 6 A. Darabegashvili interviewing IDPs (N. Megrelishvili and I. Tetradze) at the charity humanitarian center Abkhazeti © Anna Iarynych

and is being implemented successfully: 1353 IDP families have been provided with long term accommodation so far and new houses are under construction. The Housing program is also perceived by the government as a successful integration strategy. It is believed, that problems such as stigma are directly linked to the poor living conditions of the IDPs in the old hotels or decommissioned buildings and “as soon as they will receive proper accommodation it will mean that there are fully integrated.”

Nevertheless, it is obvious that the problems run deeper; cultural integration is not the main issue but attitudes towards the IDPs in society are a problem. The jealousy of the vulnerable Georgian population, who only receive a monthly allowance and not housing, appears to be problematic. Furthermore, the monthly allowance is not sufficient and the poverty rate among the IDPs is high. The main problem, that became clear during the interviews, is unemployment. The location of the settlements makes it hard to access the job market, industrial areas are far away and almost no means of transport are available. Moreover, there is almost no land around these settlements to grow food. The young population is leaving in a hope to build a better future in the capital or bigger cities, though the prejudices concerning the IDPs make it hard for them to get employed.

Several NGOs that work with the IDPs concentrate on humanitarian aid, e.g. they raise funds to provide the IDPs with land. They are

also encouraging the IDPs (especially in the settlements) to start their own businesses. For this purpose they provide the IDPs with micro credits and training to improve their employability. Some NGOs also provide assistance during the job application process. The IDPs are taught to create CVs and are prepared for interviews, while assistance during the first months at the job is also assured.

Overall the government needs to focus more on welfare and integration of the IDPs. Providing them with proper accommodation is doubtlessly a very important step on this was but not a panacea solving all problems. The IDPs need more voice and involvement in the decision-making processes.

Conclusion

Considering the results of the interviews and the tendencies we can see from the questionnaires, our theses seem to be plausible. Therefore, one has to take into account the difference of the two countries with regard to territorial size, the conflict timeline and the number of IDPs, but it also shows that these aspects are important factors to be considered in evaluating this kind of crises and their management. Furthermore, the effectiveness of the bureaucracy is essential in dealing with these kind of problems.

To the website easteuroidp.de

¹ Dhirathiti, N.S., Security Revisited: Enhancing Human Security through Lifelong Learning. Journal of Population and Social Studies, 19(2), 255.

² Durable Housing Solutions For IDPs: Lessons Learned From Georgia and Steps Forward In Ukraine. <https://drc.ngo/media/5278672/durable-housing-solutions-in-georgia.pdf> , 06.08.2019, 1.



Abb. 1 © Stefan Radaković

QUEER BALKANS

Documenting diversity on Europe's most diverse peninsula

Nada Arbesmeier | Hannah Grace Carter | Aleksandra Kusnierz | Stefan Radaković | Damyana Veleva

Queer Balkans is a documentary film project focused on portraying aspects of LGBTI (Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, Intersexual) life in the Balkans. We travelled to Prishtina, Skopje, Belgrade and Kragujevac where we interviewed members of the LGBTI community, but also activists, lawyers and politicians on current issues surrounding LGBTI life. We found that many of the underlying issues the community faces are based on deeply rooted discrimination, which constitutes many of the scars LGBTIs carry with them. Through our two-week journey, our main discovery was that there is a vibrant scene and a large group of people who are not going to be stopped by society. We saw that there is political will and that there are

dozens of activists who tirelessly work on educating the general population and making LGBTI lives easier. Queer Balkans is here to tell their stories.

The under- and misrepresentation of minorities, is not something specifically confined to the popular media, but also can be found in the academia. If we take the LGBTI community as an example, we see that most research that is being done on LGBTI-related topics stems from the Western academic field. And as the field increasingly looks towards other regions, LGBTI studies have grown in scope to cover all areas of the world, with an increasing focus on areas



Abb. 2 The project logo © Stefan Radaković

where severe discrimination is still a part of the everyday life.

The work of Queer Balkans

Queer Balkans is a university project aimed at doing sociological, political and cultural research on the LGBTI topics in the Balkans. The main product is a documentary in the form of a mini YouTube series, which will be accompanied by a series of articles on core LGBTI Balkan topics highlighting research on these topics. Filming took place in Prishtina, Skopje, Kragujevac and Belgrade. All 16 interviews were filmed in the course of two weeks in March 2019, and in every city, there was filming in and of queer (friendly) spaces the place had to offer. Interviewees were asked a set of similar questions, depending on whether they were representing themselves or an organisation. If an issue came up during an interview, it was embedded into further interviews as to assure that there was a second opinion to most of the matters discussed.

LGBTI life in the Balkans



Abb. 3 © Stefan Radaković



Abb. 4 © Stefan Radaković

One of the key contexts that drives problems for the LGBTI community in the region is that of discrimination. The rise of religion in the former Yugoslavia during and after the war in the 1990s created a space for emphasising differences as something negative. Traditional values were upheld and a fear of the other manifested itself in the society, which is not proving beneficial to the LGBTI community¹.

The rise of religion in the region after the decline of Yugoslavia has led to strong influences of anti-LGBTI beliefs in the society. For example in Pristina our interview partners told us:

“People struggle here a lot with internalized homophobia and we grow up to hate ourselves for being what we are.”

In Belgrade we got told:

“There is a gap between gay people and religious people.”

We found that many LGBTIs struggle with their coming out in religious households and condemn religious communities for being exclusive of the LGBTI community and actively attempting to damage the LGBTI community's position in civil society. However, some members of the Balkan LGBTI community still hold on to their religion, as to them it still is an important tool of self-identification.

However, by far the biggest conflict of the LGBTI community in the Balkans is an emerging conflict between the community members and the NGOs, which constitutes our biggest finding. Many of the people we interviewed have voiced that they were not happy with the way NGOs were being run and their efforts for the community. The community itself does not feel appreciated, because the NGOs "*run after the money*". We got such statements in all the places we visited, making it the most universal statement of our series.

Community members may be voicing their concerns with NGOs not doing much for the community and comparing them to politicians, yet according to the NGOs they face huge pressure from their donors to perform well in order to secure more funding. In one NGO, we were told that they were aware that the community does not like their work, but that their donors, mostly consisting of foreign embassies, wanted to see other projects funded with their money. NGOs seem to be aware of the issue, yet are limited in their opportunity to solve it.



Abb. 5 © Stefan Radaković

This ordeal is somehow representative of the Balkans as a whole. Being one of Europe's poorest regions, it has the will to develop and the will to move forward, even though it has only limited means to do so. All the places Queer Balkans has examined are not members of the European Union, with all of these places wanting to join the EU in the near future.

The EU plays a major political role for the LGBTI community in the Balkans, as it is often seen as a way out of a conservative political system. Especially in Serbia, where the country is growing closer to Russia and the government as well as the opposition are divided on LGBTI issues. The community in Serbia is especially disappointed by the current government due to Serbia's prominent lesbian prime minister not having done much to improve LGBTI lives in Serbia. At least on a political and legal level.

In terms of improvement to the situation of LGBTIs in the region, a legal expert from

Prishtina stated that, for a successful integration of LGBTIs into civil society (without discrimination), more people need to come out and create visibility for the community. In stark contrast to that, community members voice a fear of coming out, as physical violence and the loss of their home is often at stake. They demand that the NGOs in place create a safer environment in civil society. In addition, a finding connected to the aforementioned conflict between NGOs and community.

Furthermore, we found that the strength of the community highly depends on the amount of queer spaces offered in a city. Safe spaces have proven to be a booster for the community as members have the opportunity to freely express their personality in a safe environment. The larger the city, the larger this positive effect, which also lead us to the conclusion that the LGBTI life in Belgrade is the most advantageous, while LGBTI life in Skopje, which was the largest city to lack an official queer space is significantly hindered in its development of a strong queer community. As our interview partner in Skopje told us:

“Even in the capital we don’t have a gay bar, we only have a gay-friendly bar.”

However, communities of all cities researched deal with the same issues in terms of discrimination, violence, domestic abuse

and mental health problems. It was also a high priority during the filming of Queer Balkans to encompass and film in these spaces, in order to accurately portray LGBTI lives.

What the research shows is that there is a very diverse portfolio of issues the LGBTI community faces. Issues regarding acceptance in the society as we were told in

“Many community members are thinking it is okay to be less than equal than to the other members of society.”

Skopje:

The funding for Queer Balkans was secured in part by donations, collected through [BetterPlace](#), in cooperation with [Ostblick e.V.](#), and in part by funds allocated to the project from the Institute for East European Studies of the Freie Universität Berlin, and by the [Homosexuelle Selbsthilfe e.V.](#), a Berlin-based LGBTI NGO, which helps fund queer projects beneficial to civil society. Chosen scenes of the Queer Balkans documentary were shown at EuroPride 2019 in Vienna at a panel organised by Rainbow Rose, the LGBTI organisation by the Party of European Socialists (PES) and at the Balkan Pride exhibition at the European Capital of Culture 2019 in Plovdiv organised by the GLAS Foundation in Sofia.



¹ Jovanović, M. (2016) Revitalized Orthodoxy and LGBT people in the contemporary Serbia. FACTA UNIVERSITATIS - Philosophy, Sociology, Psychology and History, 15(2), 83.

If you wish to know more about Queer Balkans you can find us on social media ([Facebook](#), [Twitter](#) and [Instagram](#)) under the handle @queerbalkans, as well as on our YouTube channel and our soon to be launched blog!

YouTube <https://www.youtube.com/channel/UCdg9QNh—fozNVJeMMLrmQ>

Blog queerbalkans.wordpress.com

Further bibliographies

Fauchier, Agathe (2013) Kosovo: What does the future hold for LGBT people? *Forced Migration Review*, (42), 36-39.

Filipović, A. (2018) We Do Not Know What Queers Can Do: LGBT Community Between (In)visibility and Culture Industry in Serbia at the Beginning of the 21st Century. *Journal of Homosexuality*, 66(12), 1-22.

PROZESSE DER ENTSTIGMATISIERUNG IN DER UKRAINE

Eine Podcastreihe

Friederike Augustin | Tanya Schaap | David Schuster | Timo Zilinski

Unser Ziel als Projektgruppe war es, verschiedene Arten von Aktivismus gegen Stigmatisierung und Diskriminierung in einem post-sowjetischen Land zu untersuchen und diese Erkenntnisse mittels einer Podcast-Serie auch einer deutschsprachigen Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Von Stigmatisierung betroffene Personen sind oft zur Bildung einer Art hybriden Identität gezwungen, um trotz des Stigmas zumindest partielle Anerkennung in der Mehrheitsgesellschaft zu finden. Hierin lag für uns der Anknüpfungspunkt zum Thema des Projektkurses.

*Im Zuge unserer Projektarbeit sind wir in die Ukraine, in die Hauptstadt Kyiv, gereist, und haben uns dort mit Vertreter*innen verschiedener NGOs, aber auch mit unabhängigen Aktivist*innen getroffen und mit ihnen über ihre Arbeit und ihren Alltag gesprochen. Mit Hilfe der Aufzeichnungen entwickeln wir eine dreiteilige Podcastreihe.*

Stigmatisierung in der Ukraine

Wie in jeder Gesellschaft gibt es in der Ukraine mehrere Gruppen, die von Stigmatisierung betroffen sind. Besonders zu nennen sind dabei Roma, durch den Krieg in der Ostukraine und die Annexion der Krim Binnenvertriebene, HIV-Infizierte, Drogengebraucher*innen und die LGBTI-Community.¹ Diese sind verschiedenen Praktiken von Stigmatisierung ausgesetzt, indem sie etwa physische oder psychische Gewalt erfahren oder aus gesellschaftlichen Systemen wie



Abb. 1 Interview mit "Група активної реабілітації"
© Friederike Augustin

dem Bildungs- oder Gesundheitssystem und dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden. Dies hat vielfältige Auswirkungen auf die Betroffenen, von Armut und Perspektivlosigkeit bis hin zu körperlichen Einschränkungen und erhöhter Sterblichkeit. Ein Teil der Stigmatisierungspraktiken hat sich aus der Zeit der Sowjetunion bis in die heutigen Tage erhalten.

In der medialen Berichterstattung hierzu lande dominiert die Ukraine betreffend meist das Thema Krieg. Unser Anspruch als Projektgruppe war nun auch, die Vielfältigkeit des Landes zu entdecken, und auch hier einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Aus der geschilderten Problemlage heraus stellten sich verschiedene Fragen, darunter diejenigen nach konkreten Praktiken der Stigmatisierung wie auch nach Möglichkeiten, diese Praktiken einzuschränken, beziehungsweise zu verhindern. Im Zuge dieses



Abb. 2 Panorama von Kyiv © Friederike Augustin

Projekts wird Stigma als ein gesellschaftlicher Schließungsprozess, der das Erscheinen bestimmter Merkmale im öffentlichen Raum (im weitesten Sinne) verhindern soll, verstanden². Die Forschungsfragen lauten folgendermaßen:

→ Wie werden Träger*innen eines stigmatisierten Merkmals an der gleichberechtigten Teilnahme an der ukrainischen Gesellschaft gehindert?

→ Bildet sich durch Stigmatisierung eine hybride Identität zwischen Zugehörigkeit zu einer nationalen und einer stigmatisierten Gruppe?

→ Welche effektiven Maßnahmen gibt es gegen Stigmatisierungspraktiken?

→ In welcher Form werden diese durch (Nichtregierungs-) Organisationen umgesetzt?

Die Forschungsthese dazu lautet, dass es in der Stigmatisierung unterschiedlicher Merkmale Gemeinsamkeiten gibt, die es möglich machen, nicht nur an der Entstigmatisierung einzelner Betroffenenengruppen zu arbeiten, sondern durch Behandlung von Stigmatisierungspraktiken allgemein etwas zur Emanzipation vieler Stigmatisierter beitragen zu können. Dieses Thema erhält seine Relevanz aus verschiedenen Gründen. Man kann in diesem Fall aus menschenrechtlicher Perspektive argumentieren, welche sich auf die Gleichheit aller Menschen beruft und damit die Existenz von Stigmata kritisiert. Eine politiktheoretische Perspektive könnte sich darauf berufen, dass die Demokratie als Praxis im Sinne der Selbstbestimmung von Menschen auf die Möglichkeit aller Einwohner*innen eines Landes, sich aktiv an Gesellschaft zu beteiligen, angewiesen ist.

Methodik

Wie sahen nun die konkreten Schritte der Projektarbeit aus? Um einen Überblick über die konkrete Lage vor Ort zu gewinnen, recherchierten wir zunächst verfügbare Informationen und entwarfen auf Basis dieser ein Anschreiben sowie einen kurzen Fragebogen. In englischer und russischer Sprache fragten wir nach konkreten Mechanismen der Exklusion und Vorschlägen für eine Verbesserung der Situation der Betroffenen. Diese versendeten wir per Email an ca. 15 internationale, nationale und lokale NGOs, welche in der Ukraine mit stigmatisierten Menschen arbeiten. Die dadurch gewonne-

nen Einblicke wurden dann von uns ausgewertet. Auch diese Ergebnisse sollen in die Podcastreihe einfließen. Um jedoch die Situation vor Ort in der Ukraine tatsächlich erfassen zu können, stand schon früh der Entschluss, auch dorthin zu reisen. Um dies finanzieren zu können, wurden diverse Anträge auf Fördermittel gestellt. Der „Verein für Homosexuelle Selbsthilfe“ hat sich entschlossen, unsere Projektarbeit zu unterstützen. Somit konnte eine mehrtägige Reise in die Ukraine finanziert werden. Mit Vertreter*innen von einem kleinen Teil der Gruppen und Organisationen, mit denen wir schon vorab per E-Mail in Kontakt standen, wurden Treffen in Kyiv vereinbart. Vom 17. bis zum 25. Mai 2019 sind wir (per Zug) in



Abb. 3 Interview mit "Lega Life" © Friederike Augustin

die Hauptstadt der Ukraine gereist und haben mit Vertreter*innen von diesen Gruppen gesprochen. Die Gespräche wurden aufgezeichnet, um das Audiomaterial danach auswerten zu können und auch für die Podcastproduktion verwenden zu können. Wir trafen uns dort mit NGOs, die zu verschiedenen Stigmatisierungsformen und Betroffenengruppen arbeiten: Mit „[Convictus](#)“, deren Schwerpunkt auf verschiedenen Betroffenengruppen liegt, mit „[Legalife](#)“ und „[Club Eney](#)“, die beide zu Sexarbeit arbeiten und mit „[Група активної реабілітації](#)“, welche zu Behinderung arbeiten. Interessant hierbei war die Tatsache, dass die Vertreter*innen oft selbst zu den Betroffenengruppen gehörten, der Charakter des Empowerments, welcher ihrer Arbeit innewohnt, also schnell sichtbar wurde.

Die Termine fanden, bis auf einen Fall, jeweils in den Räumlichkeiten der Organisationen statt. Neben den Terminen mit den Organisationen trafen wir uns auch noch mit zwei weiteren Einzelpersonen. Zum einen mit einem unabhängigen Kyiver LGBTIQ*-Aktivisten, welcher uns einiges Interessantes über das Leben als LGBTIQ*-Aktivist in der Ukraine, seinen Alltag und den Aktivismus abseits von verfassten Gruppen und Organisationen erzählen konnte, was teilweise auch eine Kritik an etablierten NGOs beinhaltete. Des Weiteren gab es ein Treffen mit einem seit einigen Jahren in Kyiv tätigen deutschen Vertreter von LGBTIQ*-NGOs, welcher uns einiges zur NGO-Landschaft und der generellen Arbeitsweise dieser Or-

ganisationen in der Ukraine, aber auch in anderen (post-sowjetischen) Ländern offenbarte. Die Gespräche mit diesen beiden Personen konnten somit auch nochmals einige andere Perspektiven aufzeigen, und teils die schon vorher gewonnenen Erkenntnisse ergänzen.

Ergebnisse

Wie wird die Podcastreihe konkret aufgebaut sein? In einer ersten Folge sollen zunächst allgemein die verschiedenen Begrifflichkeiten erläutert und in die Thematik Stigmatisierung eingeführt werden, wofür auch in Deutschland geführte Expert*inneninterviews zugrunde liegen. Auch zu Stigmatisierungspraktiken in der Ukraine sollen einige Worte verloren werden. Anschließend sollen zwei Folgen zu speziellen Betroffenengruppen entstehen, zu Sexarbeit und zu Behinderung. Die Arbeit der einzelnen NGOs, welche wir in Kyiv getroffen haben, sollen vorgestellt werden. Gleichzeitig soll reflektiert werden, welche Ansätze hinsichtlich Entstigmatisierung erfolgreich sind. Hierfür werden die Materialien der in der Ukraine geführten Interviews zentrale Grundlage sein. Die fertig produzierte Podcastreihe soll dann in Freien Radios in Deutschland ausgestrahlt werden und daneben auch online verfügbar sein, eventuell sowohl auf einer eigenen Webpräsenz, als auch auf den üblichen Portalen.

Praktisches Ergebnis beziehungsweise eine weitergehende Wirkung hiervon wäre die Möglichkeit, sich über die besprochenen Themen zu informieren, und eventuell zur

Emanzipation angeregt und zum Aktivismus angeregt zu werden. Des Weiteren bieten wir damit für stigmatisierte Menschen in der Ukraine eine Möglichkeit, Öffentlichkeit für ihre Interessen herzustellen.

Das Thema lässt sich durch seinen Bezug zu Stigmatisierung vor allem auf die Hybridität von Identität beziehen. Es geht vor allem darum, die Identitäten einer stigmatisierenden Gruppe und die einer stigmatisierten zu einem neuen Gemeinsamen zu verbinden. Diese neue gesellschaftliche Formation enthielte dann beide Gruppen im Sinne einer Gleichberechtigung, von denen eine vormals ausgeschlossen war. Es soll darum ge-

hen, den Anspruch stigmatisierter Ukrainer*innen auf Teilnahme an Gesellschaft zu verwirklichen, indem sie sich darauf berufen, bereits Teil dieser Gesellschaft zu sein und damit die Rechte, die damit einhergehen, auch zu erhalten.

Wir danken dem [Verein für Homosexuelle Selbsthilfe](#) für die finanzielle Unterstützung.

[Zur Projektseite](#)

Weiterführende Literatur

Lamont, Michèle (2018) Addressing Recognition Gaps: Destigmatization and the Reduction of Inequality. *American Sociological Review*, 83(3), 419-444.

² Goffman, Erving (2016) *Stigma – Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*, 23. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

¹ Ukraine: country policy and information notes (2018) <https://www.gov.uk/government/publications/ukraine-country-policy-and-information-notes> (07.01.2019).



Abb. 1 Impressionen aus Katowice / Ehemaliger Förderturm © R. Hohenstein

KOHLEAUSSTIEG UND STRUKTURWANDEL IN DER REGION KATOWICE

Positionierungen, Bewältigungsstrategien und Visionen lokaler Akteur*innen

Jelena Berner | Richard Hohenstein |
Philipp Sasiadek | Vanessa Stemplowsky

*Mit der Transformation und den damit einhergehenden Umbrüchen seit 1989 wurde ein Strukturwandel in der Region Katowice im Westen Polens eingeleitet. Seitdem befindet sich die Region in einem inneren Konflikt zwischen dem politisch motivierten Festhalten an der Kohle, der sinkenden Rentabilität der Bergwerke und dem Nachhaltigkeitsdruck durch die Vorgaben der Europäischen Union. Ziel des Projektes ist es, Perspektiven verschiedener Akteur*innengruppen auf den Strukturwandel herauszuarbeiten. Dafür wurden qualitative Interviews mit lokalen Akteur*innen durchgeführt. Hierbei orientierten wir uns an der Forschungsfrage:*

*Wie positionieren sich die verschiedenen lokalen Akteur*innen im Strukturwandel in der*

Region Katowice, welche Bewältigungsstrategien wenden sie an und welche Visionen haben sie für die Region?

Im Vordergrund unseres Projekts stehen die Bewältigungsstrategien und Zukunftsperspektiven lokaler Akteur*innen. Um diese herausarbeiten zu können, führten wir neun qualitative Interviews mit Angestellten von Bergwerken, weiteren lokalen Akteur*innen, sowie Expert*innen durch (den Großteil davon auf unserer Forschungsreise im Mai 2019 nach Katowice). Bei Letzteren ging es in den Interviews vor allem darum, herauszufinden, ob sie wahrnehmen, dass in der Region ein Strukturwandel stattfindet, wenn ja, welche Form des Strukturwandels sie beobachten und mit welchen Maßnahmen sie darauf reagieren. Bei den Angestellten der Bergwerke war neben der Frage, wie sie selbst auf die Veränderungen reagieren, die Frage, ob die von der Stadtverwaltung und den Aktivist*innen erarbeiteten Maßnahmen,

Entwicklungen und Perspektiven ausreichend kommuniziert und auch von Betroffenen wahr- und angenommen wurden. Unsere Ergebnisse zeigen, wie unterschiedlich die Wahrnehmungen über einen möglichen Kohleausstieg sind und mit welchen Problemen die Akteur*innen zu kämpfen haben.

Schlüsse aus den Interviews

Einigkeit herrscht bei den interviewten Personen darüber, dass der Bergbau für Katowice noch immer eine große kulturelle, historische und ökonomische Bedeutung hat. In unseren Interviews zeigte sich, dass die Region jedoch vor allem mit großen demographischen und ökologischen Problemen zu kämpfen hat und sich gezwungen sieht, sich neu zu erfinden. Dies scheint jedoch nicht von allen Gruppen in gleichem Maße wahrgenommen zu werden. Unter anderem wurden Interviews mit drei Mitarbeiter*innen ei-

nes Bergwerks geführt. Die Betroffenen waren zwischen 24 und 49 Jahren alt. Zunächst konnte in den Interviews ein geringes politisches Interesse der Betroffenen vermerkt werden. Dieses geringe Interesse ist wiederum auf ein Gefühl der Machtlosigkeit zurückzuführen, das gleichzeitig akzeptiert wird. Das Misstrauen gegenüber der Politik wird auch auf die Gewerkschaften projiziert, die nicht mehr als Mehrwert für die Arbeiter*innen wahrgenommen werden. Für die Betroffenen war zunächst der Erhalt des Arbeitsplatzes von großer Bedeutung, hier auch unabhängig von der Mine. Im Falle eines plötzlichen Stopps der Kohleförderung, wurde von den interviewten Personen als Handlungsoptionen Umschulungen oder eine Migration nach Deutschland, England oder in die Niederlande genannt. Zeitgleich scheint das Ende der Kohle jedoch noch nicht wirklich in Sicht – hier besteht der Glaube, dass die Kohle noch bis zur eigenen



Abb. 2 Impressionen aus Katowice / Wohnsiedlung © R. Hohenstein

Rente gefördert wird. Trotz des vorhandenen Bewusstseins für die ökologischen Folgen des Kohleabbaus, ist die Region ohne Kohle für die Betroffenen unvorstellbar: Auch kleine Unternehmen aus dem Servicebereich spezialisieren sich auf den Industriebereich und in den meisten Haushalten werde noch immer mit Kohle geheizt. Zu den größeren Problemen der Region wird vor allem Arbeitsmigration gezählt. So wird der Wunsch nach alternativen Industrien in Katowice oder der Nachbarstadt Bytom, mit fairer Bezahlung, geäußert. Gleichzeitig fehlte hier jedoch auch klar das Bewusstsein über die Maßnahmen und Aktivitäten der Region. Auch die 24. UN-Klimakonferenz (COP24) hat bei den Betroffenen scheinbar keinen bleibenden Eindruck hinterlassen.

Ganz anders schildert uns Patryk Białas, Direktor des Innovation- und Competence Center, Mitglied des Stadtrates und Leiter

der BoMiasto Association, die Effekte der COP24: er sieht in der COP24 einen wichtigen Wendepunkt in der Mentalität der Bürger*innen in Katowice. So sei das zivile Interesse an einem Kohleausstieg gestiegen und der Prozess des Umdenkens beginne bereits. Kleinere Projekte zum Thema Umweltschutz könnten bereits durchgesetzt werden, doch größere Strategien oder Ziele für die Zukunft seien noch nicht vorhanden. Dies ist laut Białas vor allem dem Fakt geschuldet, dass noch kein festes Ausstiegsdatum feststehe und Projekte durch den Bürgermeister blockiert würden. Auch im Gespräch mit dem Amt für Stadtentwicklung der Stadtverwaltung wurde deutlich: Pläne zum Umgang mit dem Erbe des Bergbaus werden erst dann entwickelt, wenn die Minen tatsächlich geschlossen werden. Derweil werden die Stadtbürger*innen für den Kampf gegen den Smog sensibilisiert. Das Ziel, den



Abb. 3 Impressionen aus Katowice / Historische Arbeitersiedlung „Nikiszowiec“ © R. Hohenstein

Smog in der Stadt zu reduzieren, will die Stadtverwaltung vor allem mit dem Konzept „Clean Coal“ angehen – also der Idee, die Kohleförderung, -verstromung und -verbrennung so zu optimieren, dass die Emissionen deutlich gesenkt werden. Seit Jahren investiert die Stadtverwaltung in Infrastruktur, Kulturangebote und Sicherheit – hierbei wird die EU als wichtiger Partner gesehen. Wie auch in den Gesprächen mit den Akteur*innen zeigte sich in den Gesprächen mit den Expert*innen, dass es vor allem Konflikte zwischen den nationalen und regionalen politischen Entscheidungsträger*innen gibt und das Festhalten an der Kohle politisch gewollt ist.

Rahmenbedingungen für einen Kohleausstieg werden aus wahltaktischen und sicherheitspolitischen Gründen nicht geschaffen. So propagierte der polnische Präsident, Andrzej Duda, zur Eröffnung der COP24, die

polnischen Kohlereserven reichten noch 200 Jahre, und es wäre „schwer, sie nicht zu nutzen“ – eine Aussage, die auch unseren Interviewpartner*innen noch immer sehr präsent war¹. Tatsächlich könnten die kostenintensiven, zum Teil veralteten Bergwerke – so schilderte es uns der Journalist Richard Fuchs im Interview – aber nur mithilfe von staatlichen Subventionen am Leben gehalten werden. Gleichzeitig wurden laut Patrick Białas in Katowice bisher von 5.000 städtischen Häusern nur in 57 die Heizungssysteme ausgetauscht. Somit ist klar, dass die geplante Reduktion der CO₂-Emissionen von 40% nicht erreicht werden kann und von innenpolitischen Interessen überlagert wird.

Die Relevanz unseres Forschungsvorhabens liegt in der einzigartigen Gemengelage, in der sich Katowice Ende des Jahres 2018 wiederfand: mit der 24. UN-Klimakonferenz,



Abb. 4 Impressionen aus Katowice / Historische Arbeitersiedlung „Nikiszowiec“ © R. Hohenstein

der COP24, mitten im schlesischen Industrie- und Kohlrevier. Damit wagte die Stadt einen bemerkenswerten Spagat. Polen ist weltweit der viertgrößte Emittent von Methan und CO₂ aus der Kohle-Verstromung der letzten drei Jahrzehnte². Die Bergwerke in Katowice tragen dazu bei. Gleichzeitig präsentierte sich die Stadt als Gastgeber eines der zentralen Gipfel der Weltgemeinschaft. Katowices Bürgermeister Marcin Krupa formulierte es in einem Interview mit der Deutschen Welle folgendermaßen: „Die Kohle hat das ganze Potential von Oberschlesien geschaffen, sie war die Basis, das Produkt, das hier gewonnen wurde und sicherlich gibt es eine gewisse Stimmungslage. Aber wir wissen genau, was in der Welt vor sich geht und in welche Richtung wir gehen sollten“³. Neben dem Nachhaltigkeitsdruck, der vor allem

durch die Europäische Union auf Polen ausgeübt wird, sinkt die Rentabilität der Bergwerke seit den 1990er Jahren. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa begann ein Prozess der Deindustrialisierung in Polen. Zahlreiche polnische Bergwerke mussten schließen, da sie sich ohne starke staatliche Subventionen auf dem liberalisierten Markt nicht halten konnten.⁴

Kohleenergie als sicherheitspolitisches Instrument

Alle diese Entwicklungen schmälern jedoch nicht das Interesse der polnischen Regierung, an der Steinkohleförderung festzuhalten, da die polnische Energiepolitik eng mit sicherheitspolitischen Interessen verknüpft ist. Mit der Systemtransformation haben sich auch die außenpolitischen Verhältnisse in



Abb. 5 Impressionen aus Sosnowiec / Ehemaliges Bergwerk „Niwka-Modrzejów“. Rundfahrt mit Dr. hab. Robert Krzysztofik © R. Hohenstein

Mittel- und Osteuropa gewandelt. In Polen wird die Abhängigkeit vieler europäischer Staaten von den russischen Gasvorkommen als sicherheitspolitische Bedrohung wahrgenommen. Die polnische Energiepolitik orientiert sich in der Zusammensetzung der Energieträger deswegen weiterhin daran, wie viel Unabhängigkeit ein jeweiliger Mix von Russland verspricht und nicht so sehr daran, – trotz entsprechender Vorgaben der EU – wie umwelt- und klimafreundlich dieser ist. Da es bis heute in Polen kein einziges Atomkraftwerk gibt und die Vorbehalte der polnischen Gesellschaft gegenüber der Kernkraft groß sind, der Anteil erneuerbarer Energien gering und Gasimporte aus Russland unerwünscht sind, bleiben die in Polen immer noch großen Kohlereservoirs ein Garant unabhängiger Energiepolitik⁵.

Résumé

Am Beispiel von Katowice kristallisieren sich vielfältige Entwicklungen; diese zu verstehen ist Teil der zentralen Herausforderung unserer Zeit – die Bekämpfung des und der Umgang mit dem menschengemachten Klimawandel. Möchte die Europäische Union ihre Klimaziele erreichen, ist eine Energiewende in vielen ihrer Mitgliedstaaten von Nöten und damit das Ende der Kohleförderung und -verstromung, denn der Anstieg von erneuerbaren Energien kann die Emissionen aus der Kohleverstromung nicht kompensieren⁶. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist es, sich mit den individuellen Ausgangsvoraussetzungen der Staaten auseinanderzusetzen – in Polen beispielsweise der verspäteten Deindustrialisierung in den 1990er Jahren. Strukturwandel sind vielschichtig und pfadabhängig, dabei entstehen immer wieder hybride „Zwischenräume“: Katowice zwischen kommunistischem Bergbau- und Schwerindustrie-Erbe und postindustrieller,



Abb. 6 Impressionen aus Katowice / Projektgruppenfoto nach dem Interview mit Patryk Białas im Wissenschafts- und Technologiepark „Euro-Centrum“ in Katowice. V.l.n.r.: P. Sasiadek, J. Berner, V. Stemplowsky, R. Hohenstein
© R. Hohenstein

internationaler Service-Metropole. Das Ende der Kohleförderung und Kohleverstromung zieht die Umstrukturierung regionaler Arbeitsmärkte mit sich, was Auswirkungen auf die Sozialstruktur vor Ort hat⁷. Deswegen ist es relevant zu verstehen, wie sich der mit dem Rückgang der Kohleförderung verbundene Strukturwandel sozialverträglich gestalten lässt, wer in diese Prozesse einbezogen werden muss und wer von diesen profitieren kann. Außerdem ist die Energiepolitik im Falle Polens ein wichtiger Indikator dafür, wo sich die aktuelle polnische Regierung in der Weltgemeinschaft verortet und inwiefern der Integrationsdruck in den 1990er und

2000er Jahren noch Wirkung zeigt. All diese Fragestellungen und Themen werden in unserer Forschung berührt und bieten damit einen Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen, die uns der Antwort auf die Frage näherbringen, wie und warum der Kohleausstieg in den EU-Mitgliedstaaten (nicht) erfolgt. Damit hängt unmittelbar zusammen, wie er von den nationalen Regierungen und den politischen Meinungsführer*innen eingeordnet wird und welche Ressourcen die Betroffenen bzw. lokalen Akteur*innen haben, um diesen (potentiell) zu bewältigen.

[Zur Projektseite](#)

¹ Spiegel (2018) "Kohle ist unser größter Schatz". <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/klimakonferenz-polens-praesident-andrzej-duda-lobt-kohle-a-1241940.html> (01.08.2019).

² Heinrich-Böll-Stiftung; Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (2017) Kohle-Atlas: Daten und Fakten über einen globalen Brennstoff. Berlin, 17.

³ Schauenberg, Tim (03.12.2018) 'UN-Klimagipfel: "Dicke Luft" in Kattowitz', DW Nachrichten, Deutsche Welle, 00:00:40 - 00:00:55.

⁴ Pleines, Heiko (2006) Der politische Einfluss der Kohlelobbies in Polen, Russland und der Ukraine: Eine vergleichende Politikfeldanalyse. Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der

Universität Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-436166>.

⁵ Lang, Kai-Olaf (2007) Polens Energiepolitik: Interessen und Konfliktpotentiale in der EU und im Verhältnis zu Deutschland. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-245421>.

⁶ Sachverständigenrat für Umweltfragen (2017) Kohleausstieg jetzt einleiten: Stellungnahme. Berlin.

⁷ Manowska, A., Osadnik, K. T., & Wyganowska, M. (2017) Economic and social aspects of restructuring Polish coal mining: Focusing on Poland and the EU. Resources Policy, 52, 192-200.



Abb. 1 © N. Sieffert

„THE GERMAN DREAM“ Das Deutschlandbild junger Migrant*innen aus Serbien und Kosovo vor und nach der Auswanderung nach Deutschland

Fjoralba Ago | Jovana Bjelanović | Simon Rapp | Alexander Silanov

*Das Projekt „The German Dream“ hat zum Ziel, ein zusätzliches, realitätsnahes Informations- und Sensibilisierungsangebot für potenzielle Auswander*innen und Interessierte zu schaffen und sie zu einer kritischen Reflexion ihrer Meinung zu animieren. Insbesondere auf dem Westbalkan haben viele Menschen ein Deutschlandbild, bei dem Realität und Vorstellung auseinanderklaffen. In der vorliegenden Arbeit wurden Perspektiven bzw. Beweggründe von potentiellen Auswanderer*innen und bereits in Deutschland lebenden Arbeitsmigrant*innen aus Serbien und Kosovo erfragt, sowie durch qualitative Interviews und im Rahmen eines „Vorher-Nachher-Vergleiches“ untersucht. Dabei wurde der Fokus auf das Deutschlandbild der Migrant*innen bzw. auf ihre Motive, Ziele und Träume gesetzt.*

Das Projekt berührt in mehrfacher Hinsicht den Begriff der Hybridität. Wie bereits angedeutet, bringt das Thema Arbeitsmigration Fragestellungen sowohl aus deutscher als auch serbischer und kosovarischer Perspektive mit sich, die mehreren Disziplinen zuzuordnen sind (wie der Soziologie, der Politikwissenschaft und den Wirtschafts- und Kulturwissenschaften). Mit Hinblick auf die Forschungsfrage sollen die Interviews diesem interdisziplinären Anspruch gerecht werden und die Zielgruppe (potenzielle Arbeitsmigrant*innen) auf zugängliche Weise für die Multidimensionalität der Thematik sensibilisiert werden. Gleichwohl liegt der wissenschaftliche Fokus auf soziologischen und politikwissenschaftlichen Ansätzen.

Hybridität ist zudem innerhalb der Ergebnisse, d.h. der Perspektiven (Träume, Wünsche, Erwartungen und Beweggründe), mit Hinblick auf länderspezifische Unterschiede und auf den öffentlichen Diskurs in Politik und Medien zu erwarten.

Methodik und Vorgehensweise

Die Interviews wurden mit der Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse¹ ausgewertet. Das Verfahren wurde mit dem Ziel ausgewählt, Themen zu identifizieren und Thesen zu entwickeln, die dann als Grundlage für weitere Forschung (z.B. Feinanalysen) herangezogen werden können. Alle Interviews wurden in einem ersten Schritt transkribiert und in Segmente unterteilt. Zeitangaben dienten hierbei als Referenz. Bei den Transkriptionen wurden Pausen sowie non-verbale Kommunikationselemente wie z.B. seufzen oder lachen nicht festgehalten. Zudem wurde der Gesprächsinhalt z.T. nur sinngemäß niedergeschrieben und somit u.a. wiederholte Anläufe, die häufig durch das Sprechen in einer Fremdsprache (Englisch) bedingt waren, nicht schriftlich aufgenommen. Obwohl die Transkription sehr eng am Text gehalten wurde, sollte dies bei möglichen weiteren Analysen der Interviews beachtet werden.

In einem zweiten Schritt wurden Textsegmente, die zur Beantwortung der Forschungsfrage wichtig erschienen, hervorgehoben und aus dem Leitfaden (Fragenkatalog) der Interviews wurde deduktiv ein Kategoriensystem entwickelt. Für jedes der Interviews wurden alle zur Beantwortung der Forschungsfrage relevanten Textbausteine paraphrasiert und anschließend der inhaltliche Kerngehalt der Paraphrasen in Form von Generalisierungen herausgearbeitet. Das Kategoriensystem wurde auf Grundlage des Interviewmaterials induktiv angepasst. Alle

Generalisierungen wurden in die Kategorien eingeordnet und in den Kategorien untereinander verglichen sowie zusammengefasst. Auf Basis dieser Ergebnisse wurden wissenschaftliche Thesen aufgestellt, die sich an der Forschungsfrage orientieren.

Ergebnisse

1. Träume / Motive

Gründe nach Deutschland zu gehen bzw. gehen zu wollen waren für die Befragten zum einen wirtschaftliche Faktoren wie

- finanzielle Sicherheit und Stabilität (u.a. verlässliche Auszahlung der Gehälter) und weniger Sorgen und Stress,
- höhere Gehälter für die gleiche Arbeit,
- eine leichtere Arbeitsplatzsuche,
- schnellerer beruflicher Fortschritt (Lernen, Arbeitsweise, Kontakt mit neuen Technologien),
- das Arbeitssystem (Arbeitnehmer*innen werden kontrolliert und machen ihren Job verlässlicher u.a. in Verbindung mit weniger Korruption, vor allem in öffentlichen Institutionen) sowie
- die Anerkennung und die Begrenzung von Überstunden und Achtung eines ausgeglichenen Verhältnisses zwischen Arbeit und Freizeit („Work-Life-Balance“).

Weitere Gründe waren

- Verkehr (u.a. besserer ÖPNV) und Infrastruktur,

- Lebensweise (u.a. halten sich Menschen an Regeln, Gesellschaft ist offener),
- höhere Sauberkeit und das Erscheinungsbild öffentlicher Räume (Straßen und Gebäude),
- das höhere Umweltbewusstsein und der Umweltschutz,
- bessere Bildungsmöglichkeiten (z.B. Masterstudium) und Stellenwert von Kultureinrichtungen,
- Beziehungen (Freundin oder Freund in Deutschland),
- erwartete bessere Lebensperspektive für Kinder und Familie,
- ein positives Bild, welches frühere Migrant*innen erzeugt haben,
- sowie Neugier.

Die aufgeführten Motive bauen häufig auf wahrgenommenen Problemen in Serbien auf. Probleme sind demnach vor allem

- die schlechte, unsichere wirtschaftliche Situation (eine schwierige Arbeitssuche) und finanzielle Sorgen („überleben“),
- Korruption und Vetternwirtschaft in mehreren Bereichen (u.a. auch bei Terminvergaben bei Ärzten),
- eine schlechte Infrastruktur,
- ein rigides politisches System (mit einem „Diktator“ an der Macht und Oppositionellen, die bereits Jahrzehnte in der Politik sind) sowie die Medienlandschaft und Propaganda.

Die Probleme wurden von allen Befragten als gravierender in Kleinstädten und auf dem Land geschildert. Das zentralisierte System Serbiens mit den drei größeren Städten Belgrad, Novi Sad und Nis ist ein Grund hierfür.

2. Erwartungen und Erfahrungen

2.1. Vorbereitungen und geplanter Zeitrahmen

Die Vorbereitungen waren bei den Befragten sehr sporadisch und haben sich zumeist auf das Lernen der deutschen Sprache, Gespräche mit Freunden und Bekannten sowie das Lesen von Blogs im Internet beschränkt. Vorwissen und Vorerfahrungen sind zumeist sehr beschränkt. Die Migrationsabsicht der Befragten ist z.T. noch nicht gefestigt und befindet sich in einer Anfangsphase. Es wird nicht langfristig geplant, sondern es herrscht eine spontane Probiementalität vor. Auch die in Berlin Interviewten legen sich nicht fest, in Berlin zu bleiben. Die Rückkehr nach Serbien wurde in fast allen Fällen als Möglichkeit genannt, und es besteht kein hoher Zugzwang (eine Migration wird nicht um jeden Preis angestrebt).

2.2. Zweifel, Ängste und Gründe zu bleiben

Persönliche Kontakte (zu Familie und Freunden in Serbien) sind für die Befragten der Hauptgrund, warum Leute in Serbien bleiben bzw. nach Serbien zurückkehren. Ein Befragter gab zudem an, Angst vor Wartezeiten und Ablehnungen bei Behördengängen zu haben.

2.3. Erfahrungen jetziger Migrant*innen und Empfehlungen für künftige Migrant*innen

Beide Interviewpartner in Berlin gaben an, keine Empfehlungen für zukünftige Migrant*innen geben zu können, da vieles vom individuellen Einzelfall abhinge. Eine der beiden äußerte aber Bedenken, dass gut ausgebildete Serb*innen in Deutschland ggf. unter ihrer Qualifikation arbeiteten. Beide sahen ihre Migrationsentscheidung insgesamt positiv.

Die positiven Erfahrungen der Interviewpartner bezogen sich auf

- die Infrastruktur (ÖPNV und Städtearchitektur),
- Arbeitsmentalität und –organisation,
- das Gesundheitssystem,
- soziale Absicherung und Sicherheitsgefühl.

Negative Erfahrungen der Interviewpartner bezogen sich auf:

- den emotional und körperlich anstrengenden, stressigen Neuanfang (Anfang „von Null“),
- den hohen Grad an Bürokratie,
- den zeitintensiver Alltag (weniger Freizeit als erwartet),
- soziale Kontakte (keine gleichaltrigen Kolleg*innen, Schwierigkeit Freunde zu finden),
- das Schulsystem.

3. Deutschlandbild

3.1. „Typisch Deutsch“ und kulturelle Unterschiede

Die deutsche Gesellschaft wurde als offener, innovativer, moderner und weniger traditionell beschrieben mit Bezug auf Familienleben und Beziehungen, Arbeitsweise und Technologien. Dies wurde von allen Befragten positiv wahrgenommen. Deutsche wurden als distanziert, präzise und regelachtend wahrgenommen.

3.2. Alltag in Deutschland

Die Befragten in Serbien beschreiben den Alltag in Deutschland vor allem über die Arbeit. Es sei ein geregelter „9 to 5 job“ ohne oder mit wenigen Überstunden, ähnlich oder besser im Vergleich zu Serbien, wobei man nach der Arbeit Zeit für Freizeitaktivitäten habe. Die Leute kümmerten sich mehr um ihre Stadt und achteten stärker auf Sauberkeit, die Gebäude seien sauberer und moderner. Eine Interviewte gab an, der Alltag in Deutschland sei wahrscheinlich langsamer (u.a. wegen kürzerer Öffnungszeiten von Geschäften), gesünder und umweltfreundlicher (u.a. wegen mehr Fahrradwegen). Ein Befragter gab an, die Gesellschaft sei internationaler und der Museen- und Kulturlandschaft käme ein höherer Stellenwert im Alltag zu als in Serbien. Die Befragten in Serbien gaben u.a. an, einen sehr zeitintensiven Alltag zu haben, aber ein entspanntes Leben bezüglich der Infrastruktur und dem ÖPNV.

3.3. Kontakt mit Deutschen

Alle Befragten hatten wenige oder keine deutschen Freund*innen und gaben an, dass dies typisch sei. Sowohl die Befragten in Serbien als auch in Berlin beschrieben den Kontakt zu anderen Migrant*innen (aus Serbien, aber auch aus anderen Ländern) als leichter. Den Grund für dieses Phänomen konnten die meisten nicht benennen, nur ein Befragter gab kulturelle Unterschiede an. Die Deutschen seien demnach distanzierter. Kontakte mit Deutschen gab es somit vor allem an offiziellen Kontaktpunkten wie Schulen und Kindergärten, sowie bei Behörden- und Arztbesuchen.

3.4. Gibt es einen „Germany Hype“?

Nicht alle Interviewten wollten von einem Deutschlandhype sprechen. Gleichwohl gaben sie an, dass die Emigration aus Serbien generell hoch sei (in verschiedenste Länder) und Deutschland eines der beliebtesten Länder bzw. das beliebteste Zielland sei. Die meisten gaben an, dass viele Serb*innen ein zu positives („hyper-positives“), übertriebenes, idealisiertes Bild über Deutschland hätten. Es gäbe den Mythos, dass Deutschland eine Art perfektes Land sei. Perfekt hieße, leicht einen gutbezahlten Job zu bekommen, ein funktionierendes System (Gesundheitssystem, Infrastruktur etc.) und ein „normales“ Leben nach westlichem Standard zu führen, u.a. mit der Möglichkeit zu reisen. Gründe für dieses Deutschlandbild seien die beschönigenden und übertriebenen Darstellungen früherer Migrant*innen sowie die Werbetak-

tik in vielen Bereichen des serbischen Alltags mit „Made in Germany“, d.h. mit Deutsch als Qualitätssiegel.

3.5. Historische Verbundenheit (Sicht auf Gastarbeiter*innen)

Die Befragten äußerten eine historische Verbundenheit zu Deutschland, vor allem durch Gastarbeiter*innen. Der Begriff „Gastarbeiter*innen“ in Serbien entspricht aber nicht der eher neutralen Konnotation im Deutschen, sondern beschreibt eine ganz bestimmte Art von Mensch mit bestimmten Charaktereigenschaften. Demnach sind Gastarbeiter*innen Menschen vom Lande mit niedrigem Bildungsstand und geringer Qualifikation, die vor allem in Deutschland und Österreich in Bereichen mit niedrigem Qualifikationsniveau arbeiten (z.B. Reinigungsdienst), ihre Ersparnisse aber für Luxusprodukte (vor allem teure Autos und überdimensionierte Häuser in ihren Heimatdörfern in Serbien) ausgaben. Das von ihnen vermittelte Deutschlandbild sowie die Luxusprodukte dienten vor allem dazu, zu prahlen, um soziale Anerkennung zu erhalten. Fast alle Befragten wollten sich ausdrücklich von Gastarbeiter*innen und deren Motiven distanzieren.

4. Sicht auf den Migrationsprozess

4.1. Migration aus Nachbarstaaten

Die Situation in den Nachbarländern (wirtschaftlich, politisch und hinsichtlich der Migration) wurde als ähnlich bis gleich beurteilt. Vor allem Kroatien wurde meist als erstes Vergleichsbeispiel, mit besserer Position

durch die EU-Mitgliedschaft, angeführt. Hierbei wurde oft genannt, dass mehr junge Kroat*innen als Serb*innen in andere EU-Staaten emigrierten und die Mitgliedschaft in der EU wurde als erleichterte Bedingung für die Emigration gesehen. Daneben wurde die Lage in Bosnien und Herzegowina oft als ähnlich oder noch schwieriger aufgeführt. Aus Montenegro wiederum kämen viele Leute nach Serbien. Ein Interviewpartner beschrieb die Situation als Dreiklassensystem, bestehend aus Menschen in Deutschland, Menschen in der EU und Menschen außerhalb der EU. Die Anzahl der Migrant*innen aus den Nachbarstaaten Serbiens und Kosovos ins Ausland und nach Deutschland wurde als hoch und ähnlich eingestuft. Zum Kosovo gab es nur die Angabe, dass kein Wissen darüber bestehe. Ein Interviewpartner erinnerte sich, über finanzielle Anreize zur Rückkehr von Deutschland in den Kosovo gelesen zu haben. Mit Bezug auf die verbesserten Jobangebote durch große Unternehmen in Serbien, wurde Griechenland genannt, wo es diese nicht gäbe

und die Situation dadurch noch schlechter sei.

4.2. Sicht auf eigene Lebenssituation und eigenen Migrationsprozess

Die Migration wurde von allen als nicht zwingend und nicht alternativlos bezeichnet. Es ginge nicht darum, um jeden Preis nach Deutschland auszuwandern, und die meisten bezeichneten sich als Mittelschicht, in Abgrenzung zu ärmeren Serb*innen ohne höheren Bildungsabschluss und ohne Alternative. Die Rückkehr nach Serbien wurde dementsprechend als Option genannt. Fast allen war wichtig, in ihrem Berufszweig zu arbeiten, in dem sie gelernt und studiert hatten. Zum Teil wurde die eigene Meinung als serbische Perspektive kritisch reflektiert. Während die Interviewten in Serbien eher unbesorgt der möglichen Migration entgegensaßen, wurden bei den Interviewpartner*innen in Deutschland Zweifel geäußert, was es bedeute, integriert zu sein. Die Migration wurde insgesamt eher positiv bewertet.

[Zur Projektseite](#)

research.net/index.php/fqs/article/view/1089/2383#g4 (28.08.2012).

Mayring, P., & Gahleitner, S. (2010). Qualitative Inhaltsanalyse. K. Bock, & I. Miethe, Handbuch Qualitative Methoden in der Sozialen Arbeit. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich, 295-304.

¹ Mayring, P. (2002). Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zum qualitativen Denken. Weinheim und Basel: Beltz.

Mayring, P. (2010). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim und Basel: Beltz.

Mayring, P. (2000). Qualitative Inhaltsanalyse. Forum: Qualitative Social Research. 1(2), Art. 20. www.qualitative-

IMPRESSUM

© bei den Autor*innen

1. Ausgabe, 2019

Osteuropa-Institut

Freie Universität Berlin

Garyastraße 55

14195 Berlin

<http://www.oei.fu-berlin.de/>

Redaktion und Lektorat:

Clemens Günther

Maria Polugodina

Nadja Sieffert

Konzeption und Gestaltung:

Nadja Sieffert

OSTEUROPA INSTITUT

Freie Universität  Berlin